

WASSER STAND PUNKT

2/24

Das Magazin zur blaugrünen Zukunft der Region



EGLV



Wasser
in der
Klimakrise

IMPRESSUM

Redaktion

Anne-Kathrin Lappe (ViSdP),
Ilias Abawi, Tobias Appelt,
Anne Patricia Bender,
Meike Delang, Kerstin Fröhlich,
Jens Hapke, Friedhelm Pothoff,
Andrea Rickers, Birte Sommerfeld,
Patrick Torma, Svenja Weichhold

Design & Layout

Verena Klos, Jana Ludwig-Brandt

Titelfoto

Enver Hirsch

Druck

Druckerei Brochmann GmbH
Im Ahrfeld 8
45136 Essen

ΔBO

**Unsere Zeitung
können Sie auch
digital abonnieren!**
> eglv.de/magazin

Bitte tragen Sie dort Ihre
Kontaktdaten unter dem
Betreff „Wasserstand-
punkt“ ein. Sie können das
Abo auf dem gleichen Weg
jederzeit widerrufen.



EGLV

**Emscher-Genossenschaft
Lippeverband**

Kronprinzenstraße 24
45128 Essen
T 0201 104-0
info@eglv.de
www.eglv.de

**Wir machen uns auf in eine
blaugrüne Zukunft: Um die
Emscher-Lippe-Region neu zu
entwickeln, unsere Gewässer
besser zu schützen, unsere
Städte nachhaltig zu gestalten
und sozial-ökologisch zu trans-
formieren, braucht es Ideen
für neue Infrastruktur-Lösungen
und Mut für neue Wege. Ideen
und konkrete Projekte zeigen wir
im „Wasserstandpunkt“ auf –
unserem Magazin für die Region.
Gemeinsam schaffen wir Ver-
änderung.**



Inhalt

Editorial

/ 05

Wasser in der Klimakrise

/ 06

Ohne Wasser geht es nicht

/ 12

Städtebauliche Maßnahmen in der Region

/ 22

Die Europa-Wahl und das Wasser

/ 24

Ein Baum ist wichtiger als ein Parkplatz

Interview mit Bernd Tischler, Oberbürgermeister der Stadt Bottrop

/ 28

Regenwasser schlau mitdenken

Interview mit Dietrich Borchardt, Hydrobiologe Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung

/ 32

Berlin auf dem Weg zur Schwammhauptstadt



/ 36

Gerichtsentscheide zum Verschlechterungsverbot

/ 38

Anders handeln als in der Vergangenheit

Interview mit Babette Nieder, Geschäftsführerin der WiN Emscher-Lippe GmbH

/ 40

Rückhalten statt einleiten

/ 46

Ruhrgebiet setzt den Blinker

Interview mit dem neuen Regionaldirektor des RVR Garrelt Duin

/ 48

Karikatur Heiko Sakurai



/ 50

Wertvoller Phosphor wird aus Klärschlamm zurückgewonnen

/ 54

Nachhaltigkeit ist Trumpf in Altendorf

Wir für die Region

/ 58

Allmende: Immer mehr Reben im Emschertal

/ 60

Klimawandel: Städte sorgen gemeinsam gegen Hitzesommer vor

/ 64

Mein Lieblingsplatz an der Lippe

/ 65

News

125 Jahre
Emschergenossenschaft

Zeitreise über 125 Jahre Emschergenossenschaft

Unmittelbar hinter dem Stadion von Rot-Weiß Oberhausen biegt die Emscher scharf nordwestlich nach Buschhausen und Dinslaken ab. Der markante Knick ist ein künstlicher Eingriff – denn bis 1949 floss die Emscher an dieser Stelle geradeaus nach Westen und mündete in Duisburg in den Rhein. Die erneute Verlegung der Mündung wurde aufgrund von Bergsenkungen und dadurch bedingten Abflussstörungen im Duisburger Norden notwendig. Bereits 1910 war die Emscher-Mündung von Duisburg-Alsum nach Duisburg-Walsum verlegt worden. Das Foto aus dem Glasplattenarchiv der Emschergenossenschaft stammt aus dem Jahr 1955. Die Autobahn 42 gab es damals noch nicht – sie kreuzt die Emscher heute genau im Bereich des „Knick“.



*Liebe Leserin,
lieber Leser,*

Foto: Catrin Moritz



Wenn Stadtplanung und Wasserwirtschaft Hand in Hand gehen, bedeutet das mehr Lebensqualität, mehr Grün und eine Verbesserung des Klimaschutzes. Alle profitieren davon – dies wird am Phoenix See in Dortmund genauso deutlich wie im Erlebensraum Lippeaue in Hamm. Beide Maßnahmen haben Emschergenossenschaft und Lippeverband in enger Abstimmung mit den Kommunen umgesetzt, um die Region(en) lebenswerter und in Zeiten des Klimawandels wasserwirtschaftlich resilienter zu gestalten. Der Phoenix See entstand im Dortmunder Stadtteil Hörde auf der Brachfläche eines abgerissenen Stahlwerkes. Heute ist er nicht nur Treffpunkt für Sportler*innen und Erholungssuchende, sondern auch Impulsgeber für wirtschaftliches Wachstum. Zudem erfüllt er als Hochwasserrückhaltebecken eine wichtige Schutzfunktion. Auch der Erlebensraum Lippeaue, direkt an der Hammer Innenstadt gelegen, bietet im Hochwasserfall zusätzlichen Retentionsraum, dient aber auch als Naherholungsbereich.

Als EGLV betrachten wir Wasserwirtschaft ganzheitlich. Im Sinne des Allgemeinwohls planen, bauen und betreiben wir unsere Anlagen im Austausch mit unseren Mitgliedern so, dass städtebauliche Mehrwerte entstehen – für die Menschen vor Ort. Als technischer Dienstleister bringen wir gerne unsere Expertise aus 125 Jahren Wasserwirtschaft ein – insbesondere mit Blick auf den Wohnungs- und Gewerbeflächen-

mangel und die dadurch entstehenden baulichen Herausforderungen.

Das bedeutet, dass bereits bei ersten Vorplanungen neben dem Hochwasserschutz auch die Entwässerung Thema sein muss – denn extreme Starkregenereignisse nehmen zu. Mit einem intelligenten Regenwassermanagement können Investor*innen, Immobilieneigentümer*innen und Kommunen das Risiko für Gebäudeschäden reduzieren und Flächen mit Aufenthaltsqualität gestalten.

Eine wassersensible Flächenentwicklung ist keine Kür, sondern Pflicht und in der EU-Wasserrahmenrichtlinie als „Verschlechterungsverbot“ festgehalten. Darauf zielt auch die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (WVO) ab, die den Mitgliedstaaten vorgibt, in dicht besiedelten Gebieten eine stetige Zunahme der städtischen Grünfläche und der Baumüberschirmung zu ge-

währleisten. Das übergreifende Ziel der WVO ist es, bis 2030 auf mindestens 20 Prozent der Landfläche der EU, die der Wiederherstellung bedürfen, Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese EU-Vorgaben machen es erforderlich, dass Wasser als Thema und damit auch die Wasserwirtschaftsverbände als Träger öffentlicher Belange frühzeitig einbezogen werden. Planen wir Flächen gemeinsam, nach den Prinzipien der Schwammstadt, lassen sich städtebauliche Perlen und Leuchttürme entwickeln. Für eine nachhaltige, umweltverträgliche und zukunftsfähige Gestaltung unserer Region!

Sprechen Sie uns gerne an!

Ihr

Prof. Dr. Uli Paetzel



OHNE
WASSER
GEHT ES
NICHT

Die Klimakrise verschiebt die Bedeutung des Themas Wasser deutlich. Dies macht neue Bündnisse notwendig.

Autor: Alexander Knickmeier

Fotos: Andreas Fritsche, Enver Hirsch, Shestakova/Shutterstock

Deutschland wandelt sich von einem Land, in dem Wasser im Überfluss vorhanden ist, zu einem Land, in dem zu viel oder zu wenig Wasser immer häufiger zum Problem wird. Neben der Energiewende als großes Projekt im Klimaschutz, wird immer deutlicher, dass ein besserer Umgang mit den Wasserressourcen – eine Wasserwende – zur Anpassung an die nicht mehr abwendbaren Folgen der Klimaveränderungen notwendig ist.

Dieses neue Bewusstsein für das Thema Wasser ist gekennzeichnet durch eine Reihe von Dilemmata, die es neu auszuloten gilt, da sonst die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gefährdet ist.

Flächenkonkurrenz im Wohnungsbau und Hochwasserschutz

Ein zentrales Dilemma entsteht im Bereich des Wohnungsbaus. Angesichts aktuell wachsender Bevölkerungszahlen, steigender Ansprüche an die Größe des individuellen Wohnraums und der Urbanisierung wächst der Bedarf an Wohnungen stetig. Gleichzeitig führt die Klimakrise zu häufigeren und intensiveren Hochwasser-Ereignissen, was die Notwendigkeit von Hochwasserschutzmaßnahmen erhöht. Hier stehen sich zwei Interessen gegenüber: der dringende Bedarf an neuem Wohnraum und die Notwendigkeit,

/ Auswirkungen des Klimawandels

Vergleich der Jahres-Niederschlagssummen seit 1931 in den Verbandsgebieten

2022
Rang

8

der
trockensten
Kalenderjahre
seit 1931

2023
Rang

1

der
nassesten
Kalenderjahre
seit 1931

Nachhaltige Wassernutzung in der Landwirtschaft

Ein weiteres Spannungsfeld liegt in der Landwirtschaft. Diese ist einer der größten Wasserverbraucher und gleichzeitig stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Trockenperioden und unvorhersehbare Wetterereignisse gefährden die Ernteerträge und erfordern eine Anpassung der Bewässerungsstrategien. Doch diese Anpassungen sind oft kostenintensiv und erfordern technologische Innovationen und politische Unterstützung. Der Interessenkonflikt zwischen der Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion zu sichern und wirtschaftlich fortzuführen, und dem Ziel, Wasserressourcen zu schonen, stellt Landwirt*innen und politische Entscheidungsträger*innen vor große Herausforderungen.

Industrielle Prozesse mit hoher Wassernachfrage

Die Industrie ist ein weiterer bedeutender Wassernutzer und steht vor ähnlichen Problemen wie die Landwirtschaft. Besonders wasserintensive Industriezweige, wie die chemische Industrie, sind auf eine zuverlässige Wasserversorgung angewiesen. Gleichzeitig sind die Anforderungen an den Gewässerschutz und die ökologischen Ziele groß. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie, insbesondere das Prinzip des Verschlechterungsverbot, setzt strenge Auflagen für die Wasserentnahme und -nutzung. Dieses Prinzip besagt, dass der Zustand der Gewässer nicht verschlechtert werden darf, was besonders in Zeiten zunehmender Wasserknappheit eine enorme Herausforderung darstellt.

Die Genehmigung neuer Gewerbeflächen ist allerdings auch daran gebunden, das Prinzip des Verschlechterungsverbot in Zeiten der Klimakrise zu entsprechen. Die menschliche Nutzung der Gewässer muss so erfolgen, dass ein nachhaltiger Schutz gewährleistet ist. Dies erfordert erhebliche Investitionen in neue Technologien und effiziente Wassermanagementsysteme. Neue Gewerbeflächen drohen ansonsten durch die Genehmigungsbehörden nicht mehr zugelassen zu werden.

Gewerbeflächen

Neue Gewerbeflächen drohen ansonsten durch die Genehmigungsbehörden nicht mehr zugelassen zu werden.

Interessenskonflikte

rund um das Wasser in der Klimakrise



Wohnraum
schaffen

Landwirtschaft
unterstützen

Industrie
entwickeln

**Flächenver-
siegelung**
begrenzen

Wasserressourcen
schonen

**Wasserver- und
entsorgung**
sicherstellen

Gewässer
schützen

Wohngebiete

Durch eine kluge Planung müssen neue Wohngebiete entstehen, die sowohl den Bedürfnissen der Bewohner*innen als auch den Anforderungen an Schutz vor Extremwettern und Hitze gerecht werden.



Wie können nachhaltige Lösungsansätze aussehen?

Angesichts begrenzter Mittel und Flächenpotenzialen, insbesondere in urbanen Bereichen, müssen innovative Lösungen gefunden werden. Eine Möglichkeit ist, die Nutzung von Flächen grundsätzlich multifunktional zu denken. Das Prinzip der Schwammstadt zum Beispiel folgt dieser Grundidee und gibt Hinweise, wie der öffentliche Raum und private Gebäude so gestaltet werden können, dass sie bei Starkregen als Wasserspeicher fungieren und so vor Überflutungen schützen. Dies reduziert nicht nur die Hochwasserschäden, sondern verbessert auch das städtische Mikroklima. In der Quartiersplanung muss dem Thema Wasser – und damit dem Mikroklima – eine höhere Bedeutung beigemessen werden. Grünflächen und Wasserelemente können nicht nur das Stadtbild verschönern, sondern auch das Mikroklima verbessern und so die Lebensqualität erhöhen. Durch eine kluge Planung müssen neue Wohngebiete entstehen, die sowohl den Bedürfnissen der Bewohner*innen als auch den Anforderungen in Zeiten der Klimakrise an Schutz vor Extremwettern und Hitze gerecht werden und die lokale Biodiversität stärken. Auch in industriellen Prozessen muss künftig eine effektivere Wassernutzung stärker im Fokus stehen, um die eigene Wassernachfrage zu senken und die Abwassermenge zu begrenzen. Technologien zur Wasserwiederverwendung und zur Minimierung von Wasserverlusten können hier entscheidend sein. Durch Investitionen in solche Technologien können Unternehmen nicht nur die Umwelt schonen, sondern auch langfristig Kosten sparen.

Diese Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn Wasserwirtschaft, Stadtplanung, Wirtschaft und Landwirtschaft gemeinsam an einem Tisch zusammenkommen und künftige Projekte besprechen. Interdisziplinäre Zusammenarbeit und der Austausch von Wissen und Ressourcen sind entscheidend, um nachhaltige und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln.

Die Klimakrise zwingt uns dazu, Wasser als kostbare und begrenzte Ressource neu zu denken. Die vielfältigen Dilemmata, die sich aus den unterschiedlichen Nutzungsanforderungen ergeben, erfordern innovative Lösungen und neue Allianzen. Sowohl die Politik als auch die Wirtschaft und Gesellschaft müssen zusammenarbeiten, um einen nachhaltigen Umgang mit Wasser zu gewährleisten. /

Kurz zusammengefasst

- / Die Klimakrise erfordert eine Wasserwende, um sich an Wasserknappheit und -überschuss anzupassen.**
- / Herausforderungen sind der Konflikt zwischen Wohnungsbau und Hochwasserschutz sowie die nachhaltige Wassernutzung in Landwirtschaft und Industrie.**
- / Diese erfordern eine enge Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft, Stadtplanung, Wirtschaft und Landwirtschaft, sonst drohen Neuentwicklungen nicht mehr genehmigt zu werden.**

Phoenix See Dortmund

Städtebauliche Maßnahmen in der Region

**Hochwasserrück-
haltebecken**

**Naherholungs-
gebiet**



Schulzentrum Westenfeld

Bochum





Prosper Hospital Recklinghausen



**Naturnahes
Regenwasser-Management**

**Bessere
Aufenthaltsqualität**



Erlebensraum Lippeauen Hamm





**Hochwasser-
schutz**

**Stadtnahes
Erholungsgebiet**



Gladbecker Straße Essen



Fassaden-
begrünung

Kühlung und
Ästhetik



Autor: Alexander Knickmeier

Am 9. Juni 2024 hat Europa gewählt. Emschergenossenschaft und Lippeverband gratulieren allen neuen und bestätigten demokratischen Abgeordneten an Emscher und Lippe und freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

Wer sich für Wasserpolitik interessiert, kam im Vorfeld der Europawahl an einer Frage nicht vorbei: „Wo ist KARL?“. Die Abkürzung steht für die vielleicht wichtigste Initiative der vergangenen 20 Jahre: die Kommunalabwasserrichtlinie. Kurz vor der Europawahl passierte die Richtlinie noch die zuständigen europäischen Gremien.

KARL regelt wichtige Punkte. Von zentraler Bedeutung sind etwa die steigenden Anforderungen an die Reinigungsleistung von Kläranlagen. So sollen die Grenzwerte für Stickstoff und Phosphor weiter reduziert werden, und es werden Vorgaben gemacht für die Reduktion von Mikroschadstoffen beispielsweise aus Arzneimitteln oder Kosmetika. Eng verbunden mit diesen verschärften Grenzwerten sind Vorgaben zur Einführung erweiterter Reinigungsverfahren, die unter dem Sammelbegriff „Vierte Reinigungsstufe“ geführt werden. Schrittweise sollen Anlagen mit mehr als 150.000 Einwohnerwerten mit einer solchen Reinigungsstufe ausgestattet werden.

Energieneutral bis 2045

Darüber hinaus müssen wasserwirtschaftliche Anlagen künftig energieneutral betrieben werden. Dies bedeutet, dass bis zum Jahr 2045 der Energieverbrauch der Anlagen durch erneuerbare Energien gedeckt werden muss. Das Ziel gilt jedoch nicht anlagenscharf und die Eigenproduktion ist somit unmittelbar auf dem Gelände als auch abseits der Pumpwerke und Kläranlagen möglich.

Die Einigung sieht auch die Festlegung von Mindestrückgewinnungsraten für Phosphor aus Klärschlamm und Abwasser vor. Die aktuell bei vielen Akteur*innen in der Wasserwirtschaft laufenden Erprobungen des P-Recyclings bekommen mit KARL somit nochmals eine neue Relevanz.

Zusätzliche Investitionen von 20 bis 25 Millionen Euro

Erste Schätzungen gehen davon aus, dass die einzelnen Maßnahmen der Kommunalabwasserrichtlinie in der deutschen Wasserwirtschaft zusätzliche Investitionen von rund 20 bis 25 Milliarden Euro notwendig machen werden. Umso wichtiger war die bemerkenswerte Entscheidung aus Brüssel, Produzenten von Stoffen, die sich als Spurenstoffe in den Gewässern finden lassen, an der Finanzierung von Ausbau und Betrieb von Kläranlagen über ein Fondsmodell zu beteiligen.

Es ist der Interessenvertretung der Wasserwirtschaft somit gelungen, das in der europäischen Umweltpolitik grundlegende Prinzip der Verursacher- und Herstellerverantwortung für diesen wichtigen Bereich der Spurenstoffe zu verankern. Der weitergehende Gewässerschutz in der Europäischen Union wird somit nicht mehr nur von den Verbraucher*innen oder aus Steuermitteln gedeckt.

Es gilt nun, diese EU-Richtlinie zügig in nationales Recht umzuwandeln. Die nationalen Gesetzgeber haben dazu in der Regel zwei bis drei Jahre Zeit. Für die Wasserwirtschaft ist es dabei wichtig, die rechtlichen Konkretisierungen politisch eng zu begleiten. Einerseits muss zum Beispiel dafür gesorgt werden, dass die Mitfinanzierung der Hersteller pragmatisch und praxisnah gestaltet wird. Andererseits sollte die deutsche Umsetzung der Richtlinie einheitlich zur Umsetzung bei den europäischen Nachbarn verlaufen, um nicht einen Flickenteppich an Regelungen zu erhalten. /

Kurz zusammengefasst

- / Die Europäische Union hat die Kommunalabwasserrichtlinie novelliert.**
- / Schätzungen zufolge sind für die Umsetzung allein in Deutschland zusätzliche Investitionen in Höhe von bis zu 25 Milliarden Euro notwendig.**
- / Die Wasserwirtschaft wird die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht eng begleiten.**

Ein Baum ist wichtiger als ein Parkplatz

Der Klimawandel stellt den Ballungsraum Ruhrgebiet vor neue Herausforderungen. Wie Städte darauf reagieren können, zeigt „Innovation City“ in Bottrop. Oberbürgermeister Bernd Tischler setzt dabei auch auf einen konsequenten Umbau zur „Schwammstadt“.



Klimaschutz ist Teamarbeit.

Interview: Tobias Appelt

Fotos: Stadt Bottrop, Mong3131/Shutterstock

Der Klimawandel ist da. Und mit ihm kommen neue Baustellen für die Städte. Wie zukunftsfähig sind wir im Ruhrgebiet aufgestellt?

Zweifelsfrei stellt der Klimawandel die Städte vor neue Herausforderungen. Und in einem Ballungsraum wie dem Ruhrgebiet haben diese Herausforderungen eine besondere Dimension und Qualität. Starkregen, Hitze- und Dürreereignisse machen nicht Halt an den Stadtgrenzen. Daher müssen wir gemeinsam an diesen Herausforderungen arbeiten.

Gehen bestehende Konzepte weit genug – oder muss noch viel mehr passieren, um bereit zu sein für die Klima-Herausforderungen der Zukunft?

Im Februar ist der neue Regionalplan Ruhr in Kraft getreten. Mit diesem Planwerk liegt nun ein flächendeckender und einheitlicher Plan für die Metropole Ruhr vor – und die Themen Wasser und Klimafolgenanpassung sind dabei mitgedacht und mitgeplant worden. Damit haben wir einen Zukunftsplan erarbeitet, der einen guten Rahmen darstellt für die ökologische Weiterentwicklung der Region.



Bernd
Tischler

Zur Person

Bernd Tischler (SPD) ist seit dem Jahr 2009 Oberbürgermeister der Stadt Bottrop. Ebenfalls seit 2009 ist er Vorsitzender des Planungsausschusses des Regionalverbands Ruhr.

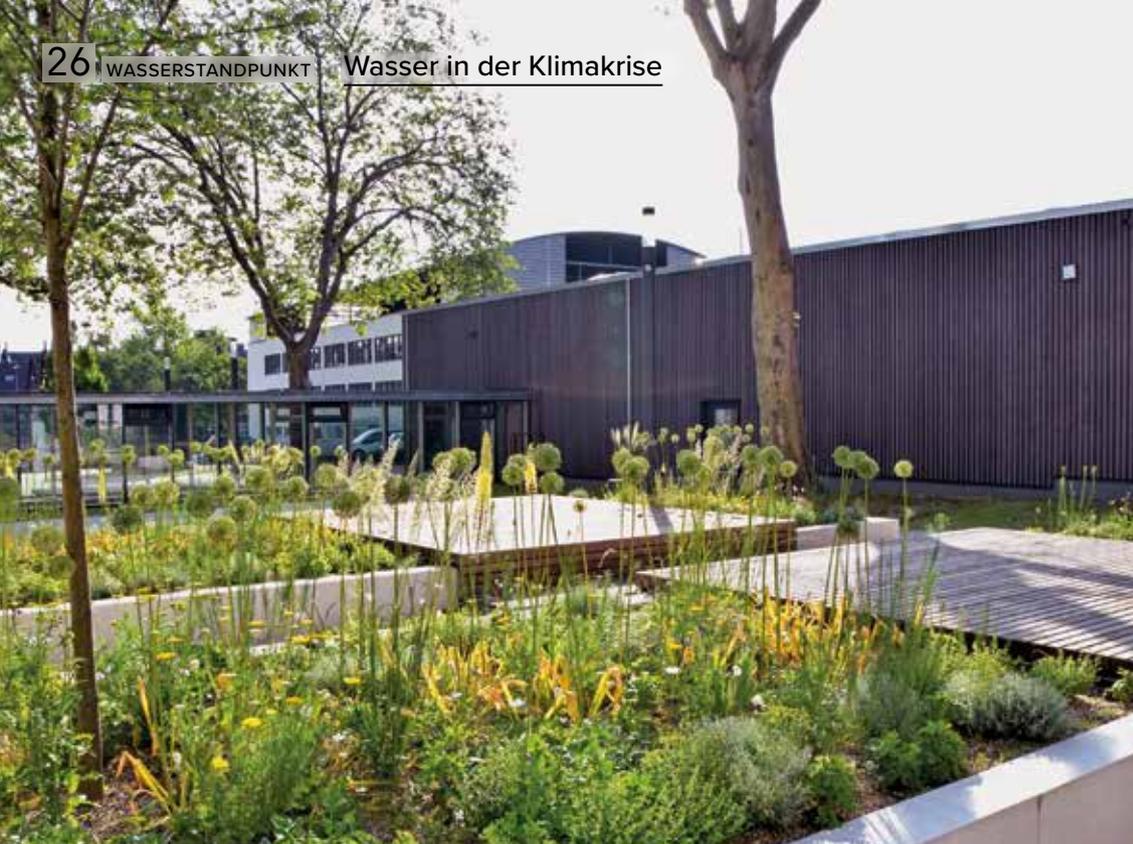
Auf dem Papier sehen Sie das Revier also gut aufgestellt. Was muss nun in der Praxis passieren?

Jetzt geht es darum, die Ideen und Konzepte realistisch umzusetzen. Ich denke da zum Beispiel an verstärkte Begrünung des Stadtraums, an die Entsiegelung von Flächen, das Schaffen von Retentionsflächen, um Hochwasserspitzen abzufangen, oder Maßnahmen zur Verschattung. Das alles ist nun die gemeinsame Aufgabe der Städte und ihrer Partner. Klimaschutz ist Teamarbeit.

Was kommt auf das Ruhrgebiet zu, wenn es nicht gelingt, die Städte angemessen klimaresilient zu gestalten?

Wir konnten in den vergangenen Jahren ja schon beobachten, was uns erwartet: Es hat immense Starkregenereignisse gegeben, aber auch extreme Dürrephasen. Was mich stets besonders berührt hat, ist, dass wir erleben mussten, dass insbesondere während der Hitzeperioden Menschenleben in Gefahr sind. Tod durch Hitze – vor allem bei alten Menschen ist das ein großes Thema. Deswegen ist es alternativlos für mich, dass wir in den Städten ins konkrete Tun kommen.





*Foto oben:
Vorher grauer Parkplatz,
jetzt grüner Rückzugsort –
der Innenhof des Bottroper
Kulturzentrums.*

*Foto unten:
Ressourcenschonender
Umgang mit Regenwasser:
Hier entsteht ein unterirdi-
sches Drainagesystem, das
die Bewässerung von
Bäumen auch bei längerer
Trockenzeit sicherstellen soll.*



Insbesondere viele junge Menschen sorgen sich um die Zukunft. Die Wissenschaft spricht von „Klimaangst“ ...

Ich bin fest davon überzeugt, dass man in den Städten keine Sorgen haben muss vor den Veränderungen, die jetzt kommen oder schon da sind. Pessimismus und Angst sind die falschen Berater. Sie lähmen und führen dazu, das Bestehende erhalten zu

wollen. Vielmehr brauchen wir Mut und breitere Akzeptanz für neue Wege.

Und wie geht Bottrop als gutes Vorbild voran?

Wir haben mit der „Innovation City“ gezeigt, dass es gelingt, eine Stadtgesellschaft in die richtige Richtung zu entwickeln. Die Erkenntnis, dass ein Baum wichtiger ist als ein Parkplatz, hat sich durchgesetzt.

Wir brauchen Mut und breitere Akzeptanz für neue Wege.

Dazu mussten wir die Menschen davon überzeugen, dass es notwendig ist, jetzt zu handeln. Die Wirtschaft musste mitmachen, die Politik – alle. Und vor allem brauchten wir die Jugendlichen. Sie müssen mit den Folgen des Klimawandels viel länger leben als wir, daher müssen insbesondere die jungen Menschen von den Maßnahmen, die wir uns jetzt ausdenken, überzeugt sein.

Was sind das denn für Maßnahmen?

Das städtebauliche Prinzip „Schwammstadt“ ist zurecht in aller Munde. Das vor Ort anfallende Niederschlagswasser müssen wir ortsnah versickern, verdunsten oder verrieseln lassen. Es ist Schwachsinn, das habe ich schon früh gelernt und gepredigt, wenn ich in meiner Stadt anfallendes, sauberes Regenwasser in den Kanal schicke, um es über 20 Kilometer zu einer Kläranlage zu transportieren. Wir haben schon in den 1990er-Jahren damit begonnen, große Areale vom Kanalsystem abzukoppeln. Es gibt also auch in einer sehr dicht besiedelten Stadt durchaus Möglichkeiten,

Regenwasser wieder dem natürlichen Kreislauf zuzuführen – vom begrünten Bushaltestellendach bis zur Rigole auf dem Gelände einer städtischen Kita.

Sie hatten das Stichwort „Innovation City“ genannt. Innerhalb weniger Jahre ist es Bottrop gelungen, sich zu einer Modellstadt für den Klimaschutz zu entwickeln. Weltweit schauen Stadtplaner auf dieses Paradebeispiel. Was ist das Erfolgsgeheimnis?

Es muss gelingen, die Akteure einer Stadtgesellschaft auf das gemeinsame Ziel einzuschwören. Wenn alle sagen, ja, wir wollen so was, dann bekommen Sie auch die notwendigen Ressourcen. Wir haben zum Beispiel Workshops gemacht mit den Klassensprechern der Bottroper Schulen. Die sind dann in ihre Klassen gegangen und zu ihren Eltern – und sie haben so unsere Ideen in die Stadt hineingetragen. Durch diese jungen Menschen als Multiplikatoren hat die ganze Sache einen Drive bekommen, den wir allein aus dem Rathaus heraus niemals hätten anstoßen können.

Schön und gut. Aber wenn der Sohn zum Vater sagt, lass uns Wassertanks in den Garten graben – dann muss Papa das erstmal bezahlen können.

Ja, richtig. Das spielt gerade bei uns im Ruhrgebiet, wo die Städte nicht auf Rosen gebettet sind, immer eine Rolle. Wir müssen daher über Förderungen nachdenken. Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass mit einer Anreizförderung viel erreicht werden kann: Jeder Innovation-City-Euro hat acht Euro an privaten Investitionen nach sich gezogen. Letztlich braucht es das Verständnis dafür, dass zwar jetzt Geld ausgegeben werden muss, dies langfristig aber günstiger ist, als die Investitionen nicht zu tätigen. /

Info

Für Klimaanpassung und Schwammstadt-Umbau macht sich die Stadt Bottrop auch in der Zukunftsinitiative Klima.Werk stark. Das gemeinsame Netzwerk von Kommunen aus der Emscher-Lippe-Region und von Emschergenossen-schaft/Lippeverband setzt Projekte zur wasserbewussten Stadtentwicklung um. Das Leitbild der Zukunftsinitiative, die „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“, ist über die Ruhrkonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Förderprogramm geworden. Darüber werden rund 250 Millionen Euro in den klimarobusten Umbau investiert. www.klima-werk.de

Regen ist hierzulande
heute kein
unbelastetes Wasser mehr.



Regenwasser schlau mitdenken

Regen stellt uns vor Herausforderungen. Nicht nur in seiner zunehmenden Intensität, sondern auch in seiner Zusammensetzung. Denn im Regen sind mitunter auch Schadstoffe enthalten. Welche das sind, woher sie kommen, und wie verhindert werden kann, dass sie unsere Gewässer belasten, erklärt der Hydrobiologe Dietrich Borchardt.

Interview: Patrick Torma
Fotos: Sebastian Wiedling/UFZ,
heehee13/Shutterstock
Illustration: aurigae/Shutterstock

**Herr Prof. Dietrich Borchardt,
„Regen bringt Segen“, besagt ein
Sprichwort ...**

Dem stimme ich zunächst zu. Unsere Vegetation, unsere Gewässer, die Grundwasserneubildung und letztlich die Trinkwassergewinnung – die sich in Deutschland zu etwa zwei Dritteln aus dem Grundwasser speist – hängen vom Regen ab. Wir Menschen sind auf ihn angewiesen.

**Weniger Segen bringt jedoch
ungefiltertes Regenwasser, oder?**

Regen ist hierzulande heute kein unbelastetes Wasser mehr. Gleichwohl ist Regen an sich, wenn er die Wolke verlässt, verhältnismäßig sauber. Doch abhängig davon, auf welche Flächen der Niederschlag fällt, auf eine Grünfläche, ein Dach oder eine vielbefahrene Straße beispielsweise, kommt es zu stoff-

Das Gebot ist ein sensibler, schlauer Umgang mit Regenwasser



lichen Belastungen. Gelangen diese Stoffe mit den Regenwasserabflüssen in unsere Flüsse und Seen oder versickern in den Boden oder das Grundwasser, kann die Natur Schaden nehmen.

Über welche Stoffe reden wir?

Und: Was sind die größten Verursacher?

Eine Grundbelastung resultiert aus den Stickstoffemissionen, die wir in die Atmosphäre abgeben – etwa durch Abgase in Verkehr und Industrie oder in der Landwirtschaft. Wo sich Stickstoffemissionen ansammeln, können diese vom Regen ‚ausgewaschen‘ werden.

Dasselbe gilt für Partikel, die durch staubhaltige Verbrennung entstehen, bei einem Waldbrand etwa. Oder allgemein für Staub, der in Städten gebildet und aufgewirbelt wird. Und dann ist es das Laub im Herbst, aber auch Hunde- und Vogelkot, die in Regenwetterabflüssen landen. Die gute Nachricht ist: Vieles kann auf natürlichem Wege abgebaut werden. Aber: Beim Abbauprozess wird wertvoller Sauerstoff verbraucht und das Gewässer somit belastet. Hinzu kommt: An diese Partikel können weitere Schadstoffe gebunden sein.

Zum Beispiel?

Etwa Schwermetalle wie Kupfer oder Zink. Sie sind nicht abbaubar, sondern reichern sich an und sind für eine Reihe von Organismen bereits in kleinen Konzentrationen giftig. Beide Metalle kommen unter anderem als Oberflächenmaterialien beim Dachbau zum Einsatz.

Kupfer

Stickstoff

Und was noch?

Zum Beispiel sogenannte Spurenstoffe. Hierzu zählen Mineralölkohlenstoffe, die als Öltropfen oder über die Vergasung von Kraftstoffen in die Umwelt und in den Regen gelangen. Hier kommen wir auch zu den ‚berühmten‘ polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen, von denen nicht alle, aber einige, in sehr geringen Konzentrationen giftig sind. Diese Stoffe finden wir vor allem in Abgasen und im Reifenabrieb. Aber auch in Pestiziden, die Fassadenfarben beigemischt sind und aus ihnen ausgewaschen werden.

Allein die hierzulande jährlich entstehende Menge an Reifenabrieb schätzt das Fraunhofer-Institut UMSICHT auf bis zu 100.000 Tonnen. Lassen sich die genannten Schadstoffe überhaupt filtern?

Es gibt Möglichkeiten. Möchte ich das Regenwasser aufbereiten, dann ist gerade der Markt für technische Filter sehr groß. Verbreitet sind auch Bodenfilter, bei denen das Wasser durch Bodenschichten sickert, die in der Lage sind, stoffliche Belastungen zu binden. Wenn wir auf den Verkehr schauen: Bei renovierten Autobahnen sehen wir häufig Seitengräben, die der Abflussbehandlung dienen. Von dort fließt das Fahrbahnwasser in Rückhaltebecken. Eine Tauchwand sorgt dort dafür, dass aufschwimmende Öle oder Diesel abgetrennt werden. Dahinter befindet sich eine beruhigte Zone, in der schwere Schadstoffe wie in einer Klärgrube absinken. Der Schlamm,

Kot

Reifenabrieb

Pestizide

Staub

Zink

Mineralölkohlenstoffe

der als Sediment zurückbleibt, wird als Müll entsorgt.

Allesamt Maßnahmen, die aufwändig und kostenintensiv klingen ...

Das sind diese Maßnahmen auch. Das ist der jetzige Umgang, aus Umweltschutzgründen ist er sehr zu begrüßen. Die andere, sehr differenziert zu betrachtende Frage ist: Wie lassen sich Verschmutzungen an der Quelle vermeiden?

Ja, wie denn?

Um beim Reifenabrieb zu bleiben: Dort liegt es zum einen in der Verantwortung der Industrie, umweltverträgliche Lösungen zu entwickeln. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass Produkte auch durch das Verhalten der Verbraucher getrieben sind. Abrieb ist ja eine erwünschte Eigenschaft von Reifen, die uns einen gewissen Fahrkomfort ermöglicht.

Welche Verantwortung kommt der Flächen- und Stadtentwicklung zu?

Sie muss eine moderne Regenwasserbewirtschaftung zum Gegenstand haben. Wofür es im Übrigen mittlerweile ein technisches Regelwerk gibt. Wenn ich eine Fläche erschließe und dabei asphaltiere, gilt es den Umgang mit Regenwasser so zu gestalten, dass Verdunstung, Abfluss und Grundwasserneubildung weiterhin stattfinden können, als wäre diese Versiegelung fast nicht vorhanden. Planerische und bauliche Möglichkeiten hierfür gibt es.



**Dietrich
Borchardt**

Zur Person

Dietrich Borchardt ist Hydrobiologe und als Professor u.a. Leiter des Departments „Aquatische Ökosystemanalyse“ sowie des Forschungsbereiches „Wasserressourcen und Umwelt“ am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Magdeburg. Als Experte für Wasserfragen berät er unter anderem das Bundesumweltministerium und die Europäische Umweltagentur. Auch Emscher-Genossenschaft und Lippeverband haben bereits mehrfach auf Borchardts Expertise zurückgegriffen.

Ein anderer Hebel wäre, weniger Flächen zu versiegeln?

Oder Flächen zu entsiegeln. Lange wurde versucht, den Regen so schnell wie möglich aus der Stadt hinaus zu bekommen. Sind viele Flächen jedoch asphaltiert, stellt uns das vor dem Hintergrund des Klimawandels vor Probleme. Einerseits trocknen unsere Städte bei starker Hitze im Sommer aus, andererseits läuft das Wasser bei Starkregenereignissen in großer Menge schnell ab. Dadurch kommt es dann zum Überlaufen der Mischkanalisationen, weil bei stärkeren Niederschlägen die Kapazität der Rohrleitungen nicht mehr reicht. Die dann notwendigen Einleitungen aus den Entlastungsbauwerken können zu erheblichen Gewässerbelastungen führen.

Das heißt, ein Umdenken in den Kommunen ist gefragt?

Das Gebot ist ein sensibler, schlauer Umgang mit Regenwasser. Lösungen sind vorhanden, aber mitunter komplex. Kommunen sind gefragt, ja. Um sie zu befähigen, benötigt es kompetente Beratung. Nordrhein-Westfalen ist hier mit seinem Know-how besonders gut aufgestellt. Im bundesdeutschen Kontext gibt es jedoch viele Kommunen, die nur bedingt auf eine vergleichbare Kompetenz zurückgreifen können. /

BERLIN

auf dem Weg zur Schwamm- hauptstadt

Autor: Tobias Appelt | **Fotos:** Stefan Tuschy /
Bande für Gestaltung, Berliner Regenwasseragentur,
Andreas [FranzXaver] Süß, Benjamin Pritzkeleit

Es braucht ein schlüssiges Konzept zur Regenwasserbewirtschaftung vor Ort, um in Berlin bauen zu dürfen. Die Expert*innen der Regenwasseragentur beraten seit 2018 bei geplanten Vorhaben – und wissen, wo es sich lohnt, beim Umbau zur Schwammstadt anzusetzen.

Berlin ist eine der walddreichsten Großstädte Europas. Wenn Darla Nickel aber morgens zur Arbeit kommt, sieht sie jede Menge Beton und Asphalt. In Berlin-Mitte sind rund 60 Prozent der Flächen versiegelt – durch Gebäude oder Straßen. „Hier, in der Innenstadt wird die Masse der Probleme offenbar“, sagt die Leiterin der Berliner Regenwasseragentur. „Wenn es gelingen soll, die Hauptstadt zur Schwammstadt umzubauen, müssen wir ran an den Bestand, das ist die große Herausforderung.“

Die Berliner Regenwasseragentur ist ein gemeinsames Projekt des Senats und der Berliner Wasserbetriebe. Seit dem Start im Mai 2018 arbeiten Darla Nickel und ihr

Berlin ist
eine der
walddreichsten
Großstädte
Europas.

%

Was ist beim
Bauen noch
erlaubt?

Wer ist wofür
zuständig?

Was geht auf
meinem Grund-
stück?

Wie funktioniert
die technische
Umsetzung?

Wie kann
das finanziert
werden?

60

%

der Flächen in Berlin-Mitte
sind versiegelt.





Foto oben:
Begrünter Hinterhof in der „WeiberWirtschaft“ in Berlin-Mitte.

Foto unten:
Berlins erste Bürgersteig-Regentonnen stehen in der Fritzsche-
straße. Möglich gemacht haben es die dortige Nachbar-
schaftsinitiative, das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
und das gemeinnützige Projekt Wassertanke.

Team daran, die Menschen in der Hauptstadt für das Thema Wasser zu sensibilisieren. Sie stellen Informationen bereit und schaffen Weiterbildungsmöglichkeiten.

Berlin wächst. Rasant. Der Bau-Boom hat tiefgreifende Folgen für den Wasserhaushalt in der Millionenmetropole. Bei Starkregen fließt das Wasser auch schon mal sturzartig in eine U-Bahn-Station. Keller saufen ab. Und wenn die Mischwasserkanäle des Zentrums voll sind, läuft ungeklärtes Abwasser in die Gewässer – Fische sterben. Aus diesen Gründen gelten seit Januar 2018 neue Regeln für einen bewussteren Umgang mit Regenwasser: Bei Bauvorhaben gilt stadtweit eine rigide Einleitbegrenzung und im Einzugsbereich der Mischkanalisation darf bei Neubauten grundsätzlich kein Regen mehr in die Kanäle fließen – stattdessen muss das Wasser direkt vor Ort zurückgehalten und bewirtschaftet werden. „Der Wechsel von der Freiwilligkeit zur Pflicht kam für viele überraschend und hat gerade in den Anfangsjahren auch zu Unverständnis geführt.“

Botschaft ist noch nicht überall angekommen

Die Regenwasseragentur ist ein gefragter Ansprechpartner für Projektentwickler*innen, Planer*innen und Bauleute. Pro Jahr beantworten die Mitarbeitenden in hunderten Beratungsgesprächen Fragen wie „Was ist beim Bauen noch erlaubt?“, „Wer ist wofür zuständig?“, „Was geht auf meinem Grundstück?“, „Wie funktioniert die technische Umsetzung?“ oder „Wie kann das finanziert werden?“. „Und wir werden sehr positiv wahrgenommen für diese Dienstleistung, weil wir die Sache eben mit dem Selbstverständnis angehen, Konflikte zu vermeiden oder vom Tisch zu räumen“, sagt Darla Nickel. Zudem stellt die Regenwasseragentur ein umfassendes und umsetzungsnahes Informationsangebot auf ihrer Webseite zur Verfügung, etwa mit Hilfe von

30%

**Untersuchung der Regenwasseragentur:
30 Prozent Abkopplung sind möglich.**

Anbieter- und Projektdatenbanken, einem Kostenrechner, einem Maßnahmenhandbuch oder einem Leitfaden für die wassersensible Stadtentwicklung.

Im Team arbeiten Ingenieur*innen, Stadtplaner*innen, Geograf*innen und Kommunikationsexpert*innen. Sie bilden im Kleinen die Vielfalt ab, die es für die Umsetzung einer wassersensiblen Stadt braucht. Eine wichtige Botschaft, die sie vermitteln wollen, ist, dass man mit Hilfe einer guten Planung weitere Gewinne für die Stadt generieren kann. Denn Maßnahmen der Regenwasserbewirtschaftung wie Dach- und Fassadenbegrünung oder bepflanzte Versickerungsmulden könnten beispielsweise zu mehr Artenvielfalt beitragen; außerdem könnte mit gespeichertem Regenwasser die Stadtvegetation mit Wasser versorgt werden. Dadurch müssten nicht zwangsläufig höhere Kosten entstehen. „Manchmal hören wir aber Sätze wie ‚Wir setzen hier jetzt einfach mal ein paar Rigolen unter den Parkplatz und dann haben wir unsere Schwammstadt‘. Das ist dann natürlich schade, weil es zeigt, dass wir mit unserer Botschaft noch nicht überall so richtig angekommen sind“, sagt Nickel.

Ausgerechnet Friedrichshain-Kreuzberg hat hohes Potenzial

Jüngst hat die Regenwasseragentur untersuchen lassen, in welchen Bereichen der Stadt es sich besonders lohnt, Flächen von der Kanalisation abzukoppeln und Regenwasser vor Ort zu bewirtschaften. 30 Prozent Abkopplung, idealerweise mehr, wären demnach erreichbar und würden spürbare Effekte erzielen. „Das ist schon eine Hausnummer“, weiß Darla Nickel, aber es sei nicht unmöglich.

So hat die Studie beispielsweise gezeigt, dass ausgerechnet im innerstädtischen und dichtbesiedelten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ein ausgesprochen hohes Abkopplungspotenzial besteht. Die Gründe: Große Teile liegen im Spreetal, die Versickerungsbedingungen sind sehr gut und aufgrund der Baustruktur gibt es viele große, nicht komplett versiegelte Innenhöfe. Zudem besteht die Möglichkeit der Dach- und Fassadenbegrünung. Auch im innerstädtischen Bereich lassen sich also große Potenziale finden.

Im Bereich der öffentlichen Straßen fehlt es hingegen oft an der nötigen Fläche, um Regenwasserbewirtschaftungsanlagen wie Mulden umzusetzen. Aus diesem Grund seien viele Bezirke zu niedrigschwelligen Lö-

sungen übergegangen: Bäume werden neu gepflanzt, Flächen entsiegelt, Baumscheiben vergrößert und miteinander verbunden, und zwar so, dass möglichst viel Regenwasser auf diesen Flächen hängen bleibt.

Wenn Darla Nickel nach einem langen Arbeitstag auf die Straße tritt, ist sie umgeben von Beton und Asphalt. Doch sie sieht die Chancen, die der Immobilienbestand bietet. „Es gilt nun, die Objekte auszuwählen, die die größten Potenziale besitzen, also etwa die Liegenschaften der städtischen Wohnungsunternehmen und der Genossenschaften sowie größere Gewerbeeinheiten. Da können wir ansetzen, um den Umbau der Hauptstadt zur Schwammstadt weiter voranzubringen.“ /

Mehr: www.regenwasseragentur.berlin

Kurz zusammengefasst

- / 2018 hat die Berliner Regenwasseragentur ihre Arbeit aufgenommen.**
- / Die Agentur ist gefragt als Beraterin bei Bauvorhaben.**
- / Beim Umbau zur Schwammstadt ist besonders der Immobilienbestand im Fokus.**

Dr. Dala Nickel (Mitte) und das Team der Regenwasseragentur



VERSCHLECHTERUNGS- VERBOT BEI BAUVORHABEN

Das sagen die europäischen und nationalen Gerichte:



Autorin: Birte Sommerfeld | Foto: Hans Blossey

In diesem Frühjahr feierte das Grundgesetz der Bundesrepublik seinen 75. Geburtstag. Hierin sind seit einem Dreiviertel-Jahrhundert alle wesentlichen Rechte verankert, die Mitgliedern der Gesellschaft gegenüber dem Staat garantiert werden. Nach 1949 brauchte es dann noch einmal etliche wissenschaftliche und parteipolitische Diskussionen bis 45 Jahre später mit dem neuen Artikel 20a GG auch der Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wurde.

Als Wasserwirtschaftsverbände sind Emschergenossenschaft und Lippeverband in Nordrhein-Westfalen maßgeblich an der Umsetzung dieser Staatsaufgabe beteiligt. Dabei spielt auch die Umsetzung der sogenannten Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL 2000/60/EG) vom 23. Oktober 2000 auf regionaler Ebene eine wichtige Rolle. Zu den Regelungen der WRRL gehören der Gewässerschutz, die Herstellung eines guten ökologischen Zustands, die Überwachung der Gewässer, die Umsetzung geeigneter Maßnahmenprogramme sowie die Partizipation der Öffentlichkeit.

Gewährleisten soll die Erreichung der gesteckten Ziele – die Erreichung eines „guten Zustands“ für alle Gewässer – das sogenannte Verschlechterungsverbot. Hierbei handelt es sich um einen der wichtigsten Grundsätze der WRRL und ein zentrales Element des Gewässerschutzrechts, wonach Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung des ökologischen oder chemischen Zustands eines Gewässers führen könnten, nicht durchgeführt werden dürfen. Vielmehr müssen alle Aktivitäten, die potenziell schädlich für die Gewässerqualität sein können, vermieden oder minimiert werden. Gerade in der jüngeren Vergangenheit hat die Rechtsprechung dazu beigetragen, diesen Grundsatz zu präzisieren und zu stärken.

EuGH stärkt Notwendigkeit der Vorabprüfung

Eine der bedeutendsten neuen Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) betraf mehrere Vorlagefragen des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zur WRRL. Mit Urteil vom 28. Mai 2020 (Rs. C-535/18) stellte das Gericht klar, dass notwendige

Umweltprüfungen vor der Projektgenehmigung erfolgen müssen. Außerdem müssen sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um eine sinnvolle Beteiligung zu ermöglichen. Einzelpersonen, die direkt von einer Entscheidung betroffen sind, die möglicherweise gegen die Umweltziele (Art. 4) der WRRL verstößt, sollen überdies das Recht haben, solche Entscheidungen anzufechten. Dieses Recht gilt insbesondere für diejenigen, die das Gewässer rechtmäßig nutzen. Das Urteil verstärkt insgesamt die Notwendigkeit von Vorabprüfungen, um sicherzustellen, dass die Anforderungen zum Schutz des Gewässers vor der Genehmigung eines Projekts erfüllt werden. Eine Beeinträchtigung läge bereits dann vor, wenn sich der Zustand mindestens einer der fünf Qualitätskomponenten der WRRL um eine Klasse verschlechtert – selbst wenn dies nicht zu einer Verschlechterung der Gesamteinstufung des Wasserkörpers führt. Auch auf nationaler Ebene wurde durch das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 23. Juni 2020 (BVerwG 9 A 23.19) festgestellt, dass bereits bei der Planung und Genehmigung von Projekten das Verschlechterungsverbot beachtet werden muss.

Bereits zwei Jahre zuvor hatte der EuGH die Wichtigkeit der WRRL bekräftigt. In seiner Entscheidung vom 7. November 2018 (Rs. C-461/17) hat der EuGH ausgeführt, dass das Verschlechterungsverbot strikt ausgelegt werden muss. Es dürfe keine Maßnahmen geben, die zu einer Verschlechterung des ökologischen Zustands von Gewässern führen könnten. Es sei denn, es bestünden zwingende Gründe des öffentlichen Interesses.

Strikte Auslegung des Verschlechterungsverbotes in allen Phasen

Alle Entscheidungen zeigen: Das Verschlechterungsverbot der WRRL spielt in in der Rechtsprechung der letzten Jahre eine zentrale Rolle. Die Gerichte haben wiederholt deutlich gemacht, dass das Verschlechterungsverbot strikt ausgelegt und in allen Phasen von Planungs- und Genehmigungsverfahren durchgesetzt werden muss. Die Berücksichtigung dieser neuen Rechtsprechung ist entscheidend, um sicherzustellen, dass das Verschlechterungsverbot effektiv umgesetzt wird und die Wasserqualität geschützt bleibt. Nur durch eine genaue Auslegung und Anwendung dieser Grundsätze kann die ökologische Gesundheit der Gewässer erhalten, verbessert und langfristig gesichert bleiben. /

Kurz zusammengefasst

/ Verschlechterungsverbot ist einer der wichtigsten Grundsätze der Wasser-Rahmenrichtlinie.

/ Urteile des EuGH und nationaler Gerichte haben diesen Grundsatz präzisiert und gestärkt.

/ In allen Phasen von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss das Verschlechterungsverbot strikt ausgelegt und durchgesetzt werden.

Wir müssen an als in der

Babette Nieder, Geschäftsführerin der „WiN Emscher-Lippe GmbH“, spricht im Interview darüber, wie wasserpolitische Erwägungen die Entwicklung von Gewerbeflächen beeinflussen und wie die regionale Wirtschaft darauf reagiert.

Interview: Tobias Appelt | Foto: WiN Emscher-Lippe GmbH

Frau Nieder, das Klima wandelt sich. Starkregen- und Hochwasserereignisse nehmen zu. Bestehende Kanalnetze kommen an ihre Grenzen. Inwiefern muss das Thema Wasser bei der Flächenentwicklung und bei der Ansiedlung von Betrieben mitgedacht werden?

Wasser war schon immer ein wichtiges Thema – nur ist heute vieles komplexer. Die Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, kommen nicht irgendwann in der Zukunft. Sie sind schon da.

Als Geschäftsführerin der „WiN“ sind Sie nah dran an der regionalen Wirtschaft. Ist das Thema Wasser für die Menschen präsent?

Auf jeden Fall. Das zeigt sich immer wieder in Gesprächen, die ich mit lokalen Wirtschaftsförderungen und Unternehmensvertretern führe. Das Bewusstsein, dass wir heute anders handeln müssen als in der Vergangenheit, ist vorhanden.

Und wohl auch die Befürchtung, dass uns dadurch steigende Kosten bevorstehen.

Das ist ein Thema, ja. Wenn wir bei der Flächenentwicklung das Thema Wasser konsequent mitdenken, steigen die Kosten, und, wenn ich zum Beispiel an Versickerungsflächen vor Ort denke, geht natürlich auch Fläche verloren, die ein Entwickler ansonsten vermarkten könnte. Hinzu kommt: In den kommenden zehn Jahren müssen wir massenhaft investieren.

Wo kommt das Geld dafür her?

Viele Kommunen sind in einer angespannten finanziellen Lage. Es muss also Privatkapital her, aber nur mit privatem Kapital wird es auch nicht funktionieren. Es braucht daher öffentliche Förderung. Das wird wieder ein Thema sein, bei dem sich zeigt, dass die Schuldenbremse nicht zu halten ist.

Da gibt es sicher einen hohen Informations- und Beratungsbedarf. Welche Fragen werden von Seiten der Wirtschaft an Sie herangetragen?

Früher war bei Neuansiedlungen stets die erste Frage, wie weit die

Entfernung zur nächsten Autobahn ist. Heute hingegen interessieren sich die Unternehmensvertreter auch für erneuerbare Energien, für die Möglichkeit, ans Wasserstoffnetz angeschlossen zu werden, oder eben für Fragen effizienter Entwässerung.

Werden wasserwirtschaftliche Vorgaben als Hindernis wahrgenommen, etwa bei der Entwicklung von Gewerbeflächen oder bei der Ansiedlung von Betrieben?

Bei jedem Projekt wird es immer Spannungen geben, und es wird immer Leute geben, die sagen, dies ist zu aufwendig oder das ist zu teuer. Ich habe aber noch nicht gehört, dass bei uns ein

Unternehmen mit nachhaltigen Geschäftsmodellen sollten der Welt zeigen können, dass es gelingt, klimaresilient und mit geringen CO₂-Emissionen ein hohes Wohlstandsniveau zu erreichen und zu halten.

ders handeln Vergangenheit

geplantes Projekt an wasserpolitischen Vorgaben gescheitert ist.

Dennoch werden ökologische Aspekte und die damit verbundenen Vorgaben zuweilen als eine Gefahr für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung gesehen.

Das hängt davon ab, was für eine wirtschaftliche Entwicklung man sich wünscht. Ich sehe es als erstrebenswert an, die Wirtschaft so auszurichten, dass Unternehmen mit nachhaltigen Geschäftsmodellen der Welt zeigen können, dass es gelingt, klimaresilient und mit geringen CO₂-Emissionen ein hohes Wohlstandsniveau zu erreichen und zu halten.

Was ist denn mit Betrieben, die schon in der Region ansässig sind – bekommen Sie von denen die Rückmeldung, dass bestehende Flächen dahingehend umgestaltet werden, um bereit zu sein für künftige, durch den Klimawandel bedingte Herausforderungen?

Alle wissen, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral werden möchte. Und viele Unternehmen haben Pläne in der Schublade, wie sie ihren Teil dazu beitragen können. Ich habe fast das Gefühl, dass die Unternehmen da weiter sind als manche Verwaltungen oder mancher Politiker.

Sind die alten Bergbauflächen in der Region ein Standortvorteil, wenn es darum geht, den urbanen Raum zur „Schwammstadt“, die

Wasser speichert und kontrolliert wieder abgibt, umzubauen?

Wenn man sich zum Beispiel die Zeche Ewald in Herten anschaut, sieht man, dass es sich auszahlt, das Thema Wasser bei der Flächenentwicklung mitzudenken. Im Rahmen der Entwicklung des früheren Bergbaugeländes wurde für den größten Teil der Flächen ein Ableitungssystem für Regenwasser geschaffen. Dabei ist eine offene Gracht entstanden, das sogenannte „Blaue Band“. Das ist zum einen eine landschaftlich sehr reizvolle Lösung, die zu einer hohen Aufenthaltsqualität beiträgt, zum anderen können die dort ansässigen Firmen damit werben, an einem nachhaltigen Standort ansässig zu sein.

Wenn es doch immer so einfach wäre ...

Einfach ist das beileibe nicht. Der Umbau der bestehenden Infrastruktur in unserer Region ist eine Herausforderung und deutlich schwieriger als auf dem platten Land. Häufig sind bei uns die Altflächen ja noch mit Belastungen versehen. Außerdem befinden sie sich oft in dicht besiedelter Umgebung. Um mögliche Probleme früh zu identifizieren und zu umgehen, ist es daher wichtig, dass bei sämtlichen Planungen interdisziplinär gearbeitet wird. Wir haben in der Vergangenheit sehr positive Erfahrungen gemacht, wenn verschiedenste Fachbereiche gemeinsam am Tisch gesessen haben. /

Zur Person

Seit Februar 2024 ist Babette Nieder die Geschäftsführerin der in Herten ansässigen „WiN Emscher-Lippe GmbH“. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist zuständig für die Städte Bottrop und Gelsenkirchen und den Kreis Recklinghausen mit seinen zehn Städten. Bereits seit 2020 war Babette Nieder bei der „WiN“ als Wasserstoffkoordinatorin tätig und ist dadurch mit vielen Themen, der Struktur und der Region vertraut.

**Babette
Nieder**



Kurz erklärt

Nachweis der Gewässerverträglichkeit bei Stadtentwicklungsprojekten

Bei neuen Stadtentwicklungsprojekten – sei es Wohnbebauung oder Gewerbeflächen – ist laut §§ 8 und 57 WHG von Antragssteller*innen ein Nachweis der Gewässerverträglichkeit der Niederschlagswassereinleitungen zu erbringen. Was heißt das?

Die Ansiedlungen von neuem Gewerbe oder Wohnbebauung gehen häufig mit einer weiteren Versiegelung von Flächen einher. Außerdem entstehen zusätzliche Abwassermengen. Beides – sowohl das nicht versickernde Niederschlagswasser als auch das zusätzliche Abwasser – landen in den kommunalen und EGLV-eigenen Abwasserkanälen.

Bei starken Regenfällen ist zu viel Wasser im Kanal. Regenüberlaufbecken dienen dann dem Rückhalt und der Behandlung (durch Absetzwirkung) des mit Schmutzwasser vermischten Regenwassers. Bei Niederschlägen und weiter ansteigendem Wasserstand im Kanal wird dieses sogenannte „nicht klärfähige

Abwasser“ in ein angrenzendes Gewässer eingeleitet. Doch: Nicht klärfähig heißt nicht automatisch auch unschädlich! Hat die Einleitung eine schädigende Wirkung auf das Gewässer, ist dieser Zustand zu beheben. An diesen Stellen noch mehr Wasser einzuleiten – z.B. aufgrund weiterer Versiegelung oder Bauprojekten – ist gesetzlich ausgeschlossen.

Aber auch in allen anderen Fällen muss bei städtebaulichen Planungen sichergestellt sein, dass zusätzliche Einleitungen gewässerverträglich erfolgen. Um geeignete Maßnahmen zur Ermöglichung städtebaulicher Projekte zu entwickeln, bedarf es der interdisziplinären Zusammenarbeit von Stadtplanung und Wasserwirtschaft – sowie Zeit. Stadtplanung und Wasserwirtschaft müssen sich daher frühzeitig – schon bei den ersten Planungen für neue Projekte – zusammensetzen, Lösungen entwickeln und diese gemeinsam umsetzen. /

RÜCKHALTEN STATT EINLEITEN

**Niederschlagswasser muss kein Hemmschuh
für Stadtentwicklung sein**

Autorin: Meike Delang | **Fotos:** Rupert Oberhäuser, Klaus Baumers

Der Ruf nach größeren Abwasserkanälen oder Erweiterungen von Kläranlagen erschallt schnell – und besonders gerne, wenn Stadtentwicklungskonzepte aufgrund fehlender wasserwirtschaftlicher Genehmigungen kippen. „Der Aus- und Neubau bestehender Abwasser-Infrastruktur kann und muss immer nur die letztmögliche Maßnahme sein“, betont Dr. Jürgen Mang von Emschergenossenschaft und Lippeverband (EGLV). Denn: Die Bauverfahren würden viele Jahre in Anspruch nehmen und Millionen Euro verschlingen, die als erhöhte Abwassergebühren auf die Bürger*innen umgeschlagen würden. Der Bauingenieur hat aber auch gute Nachrichten: „Wir bei EGLV haben einen ganzen Strauß an Maßnahmen, den wir gemeinsam mit den Kommunen umsetzen können, oder mit dem wir bei der Umsetzung für ein kommunales Kanalnetz beraten können.“



Beispiel wie Regenwasser gespeichert, statt in die Abwasserkanalisation eingeleitet wird:
Grachten-System im Herner Gewerbegebiet Hibernia.

EFFEKTIVE MAßNAHMEN

ersetzen teuren Neubau
bestehender Infrastruktur

Zum sogenannten Blumenstrauß gehören diese Blüten:

/ 01 Monitoring

Grundlage jeder Entscheidung muss ein gründliches und fundiertes Monitoring der Gewässer sein. EGLV können anhand ihrer Monitoring-Daten Stadtplaner*innen frühzeitig beraten, wo der Gewässerzustand einen zusätzlichen Handlungsbedarf bei geplanten Entwicklungen erzeugt.

/ 02 Trennung des Regenwassers von der Abwasser- kanalisation

Eigentlich eine einfache Weisheit: Regenwasser gehört nicht in den Abwasserkanal. Gerade, wenn Stadtplaner*innen neue Baumaßnahmen planen, ist dies der ideale Zeitpunkt, Abkoppelungsmaßnahmen mit zu denken. Hier steht die Zukunftsinitiative Klima.Werk den Kommunen beratend zur Seite.



Wasserwirtschaftliche Anlagen wie Kläranlagen, Pumpwerke und Kanäle können digital gesteuert werden.

/ 03

Wasserwirtschaft 4.0: Kanal- netzsteuerung

Rückhaltevolumen in den Abwasserkanälen ist vorhanden – doch häufig wird es nicht optimal ausgenutzt, sodass mit Abwasser verunreinigtes, aber nicht klärpflichtiges Regenwasser in die Gewässer eingeleitet werden muss. Das liegt daran, dass Regen nicht über das gesamte Einzugsgebiet gleichmäßig niedergeht. So läuft das Rückhaltebecken A voll und schlägt Wasser in das Gewässer ab, während das Rückhaltebecken B kaum gefüllt ist.

Städte wie Wien und Dresden machen vor, wie es anders geht – und zum Ende dieses Jahres auch die

Emschergenossenschaft im Recklinghäuser Hellbach-System: Der Wasserwirtschaftsverband stattet dort Rückhalte-Einrichtungen mit einer vernetzten Steuerung aus. Bei starkem Regenfall erkennt das System automatisch einen steigenden Stand und kann das Abwasser in ein weniger gefülltes Rückhaltebecken weiterleiten. Zukünftig werden auch Niederschlagsprognosen berücksichtigt, um durch vorausschauende Steuerung die Kapazitäten im Netz noch besser auszuschöpfen.

Durch die optimierte Nutzung des Rückhaltevolumens von Stauraumkanälen wird die Gewässerbelastung durch eingeleitetes Niederschlagswasser reduziert. Das schafft Spielraum für die Siedlungsentwicklung.

Nach Einführung der Kanalnetzsteuerung im Hellbach-System wird die neue Technik nach und nach in weiteren Einzugsgebieten der Emscher etabliert. 2027 soll das gesamte Emscher-Gebiet damit ausgestattet sein. In dieser Größenordnung ist das System dann einzigartig!

Rückhalte-Einrichtungen mit einer vernetzten Steuerung erkennen bei starkem Regenfall automatisch einen steigenden Stand und leiten das Abwasser in ein weniger gefülltes Rückhaltebecken weiter.

/ 04

Technische Ertüchtigung

Bei einigen technischen Anlagen wie Regenrückhaltebecken bringt eine Ertüchtigung der Anlage positive Ergebnisse, z. B. mit feineren Rechen, die mehr Grobstoffe zurückhalten. Die Planung, Genehmigung und Umsetzung dieser Ertüchtigungen benötigen Zeit. Daher ist eine frühzeitige Absprache zwischen Kommunen und EGLV notwendig.

/ 05

Verbesserung der Gewässerstruktur

Die Verbesserungen der Gewässerstruktur wie die Entfesselung der Ufer, Einbringung von Totholz oder die Beschattung durch die Vegetation am Ufer führen zu einer Verbesserung der Wasserqualität, z. B. durch eine stärkere Sättigung mit Sauerstoff.

Retentionsbodenfilter, wie hier auf dem Gelände der Zeche Zollverein, reduzieren effektiv die Belastung der Gewässer – sind aber teuer und langwierig in der Umsetzung.



/ 06

Regenrückhaltebecken und Retentionsbodenfilter

„Rückhalt des Niederschlagswassers durch Versickerung und Abkopplung vor Einleitung in ein Gewässer ist in jedem Fall der bessere Grundsatz, wenn wir auf wirtschaftliche Lösungen für den Gewässerschutz schauen, die zugleich den natürlichen Wasserkreislauf stärken“, betont Dr. Mang. Doch Rückhalt ist nicht unbegrenzt möglich. Deswegen kommen bei Einleitungen von Niederschlagswasser in Gewässer auch vorgeschaltete Regenrückhaltebecken

und Retentionsbodenfilter in Frage, um den Schaden für das Gewässer zu minimieren. Regenrückhaltebecken reduzieren den Stress für das Gewässer, der durch die stoßweise Belastung bei Regenereignissen an der Einleitstelle entsteht. Retentionsbodenfilter eliminieren darüber hinaus sehr effektiv die stoffliche Belastung für das Gewässer. Letztere erfordern mehrere Jahre Planungs- und Bauzeit sowie Investitionen in Millionenhöhe. Deswegen sollten sie erst zum Einsatz kommen, wenn das Potenzial aller anderen Maßnahmen bereits ausgeschöpft ist. /

Oben schön begrünt und bepflanzt werden die wahren Ausmaße eines Retentionsbodenfilters erst im Untergrund deutlich – hier am Haarbach in Gladbeck.



Kurz zusammengefasst

- / **Stadtentwicklungsmaßnahmen dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Gewässerqualität führen.**
- / **EGLV können verschiedene Maßnahmen durchführen, um eine solche Verschlechterung durch vermehrte Einleitungen zu verhindern – doch die Umsetzung braucht Zeit.**
- / **Frühzeitige Gespräche zwischen kommunalen Stadtplaner*innen und Wasserwirtschaft helfen daher, Entwicklungsmaßnahmen zu ermöglichen.**

Ruhrgebiet setzt den Blinker

Interview mit dem neuen Regionaldirektor des
Regionalverbandes Ruhr: Garrelt Duin

Interview: Anne Patricia Bender,
Jens Hapke | **Foto:** Björn Hickmann

Herr Duin, seit dem 1. April sind Sie neuer Regionaldirektor des RVR – herzlichen Glückwunsch! Wo steht das Ruhrgebiet in seiner Entwicklung heute?

Wir setzen gerade den Blinker, um auf die Überholspur zu fahren. Das Ruhrgebiet befindet sich permanent in einem großen Veränderungsprozess. Es holt bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich zu anderen Regionen stetig auf. So wächst im Ruhrgebiet, nach einer aktuellen Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, die Zahl der Jobs mit hohem Zukunftspotenzial besonders dynamisch. Antreiber dieser Entwicklung ist unter anderem eine hochattraktive Wissens- und Forschungslandschaft mit sehr gut ausgebildeten Fachkräften. Was mich besonders freut: Junge Menschen haben zunehmend den Mut, selbst unternehmerisch tätig zu sein und sorgen für eine lebhafte Start-up-Szene im Ruhrgebiet. Auf der anderen Seite ist das Handwerk mit mehr als 290.000 Personen in rund 45.700 Betrieben einer der größten Arbeitgeber der Region. Und auch auf der Landkarte des Städte- und



Garrelt
Duin

Zur Person

Garrelt Duin wurde am 2. April 1968 in Leer (Ostfriesland) geboren. Er ist Vater eines erwachsenen Sohnes und lebt mit seiner Frau in Essen. Seit April ist er Regionaldirektor des Regionalverbandes Ruhr.

Messtourismus ist das Ruhrgebiet längst nicht mehr wegzudenken.

Sie waren von 2012 bis 2017 als Wirtschaftsminister für die Energie-, Industrie-, Mittelstands- und Handwerkspolitik sowie die Landesplanung in NRW zuständig. Im Februar 2024 ist der Regionalplan Ruhr in Kraft getreten. Wieso ist der gemeinsame Regionalplan so wichtig und welche Schwerpunkte werden künftig gelegt?

Mit dem Plan liegt seit 1975 wieder ein flächendeckender und einheitlicher Regionalplan für die Entwicklung der gesamten Region vor. Er ist also wirklich historisch und gibt den Kommunen im Ruhrgebiet für die nächsten Jahrzehnte Planungssicherheit. Was noch wichtiger ist: Die neu ausgewiesenen Flächen bieten Platz für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze. Neue Unternehmen können sich ansiedeln, bestehende Betriebe haben die Möglichkeit sich zu erweitern. Gleichzeitig sichert der Plan Freiräume für Naherholung und den Klimaschutz. Doch ein Regionalplan ist, gerade in so dynamischen Zeiten wie diesen, nie fertig. Schon wenige Wochen, nachdem der Regionalplan Ruhr in Kraft getreten ist, sind die Planerinnen und Planer beim RVR auf die

Herr Duin, Sie wohnen seit vielen Jahren in Essen:

Spaziergang am Balde-neysee oder Radfahren an der Emscher?

Lieber Radfahren, und immer gerne am Wasser entlang.

Als gebürtiger Ostfrieser: Sehnsucht nach der Weite und dem Meer oder ist Sonnenuntergang beim „Halden-hopping“ im Ruhrgebiet auch ganz schön?

Hauptsache Sonnenuntergang, Hauptsache Weitblick.

Kunsthalle Emden oder Folkwang-Museum?

Zwei tolle Museen. Vielleicht ergibt sich irgendwann die Chance für ein gemeinsames Projekt.

Suche gegangen nach geeigneten Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energien. Wo im Ruhrgebiet Platz für Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen ist, wollen wir noch in diesem Jahr unserer Politik im Ruhrparlament und im Zuge einer öffentlichen Beteiligung vorstellen.

Europa hat in diesem Jahr neu gewählt. Sie waren 2004/2005 auch Mitglied des Europäischen Parlaments. Wie wichtig ist Europa fürs Ruhrgebiet?

Zuerst einmal ist das Ruhrgebiet Europa im Kleinen. Mit unseren 53 Städten hat der RVR sogar mehr

Mitglieder als die EU (lacht). Und natürlich ist die Abstimmung da nicht immer einfach – bei uns im Ruhrgebiet, genauso wie innerhalb der EU. Sie ist aber alle Mühe wert. Denn als Region profitieren wir enorm von Europa. Nach einer Analyse des RVR-Europareferats haben EU-Gelder innerhalb von nur sechs Jahren Projekte mit einem Gesamtvolumen von knapp zwei Milliarden Euro im Ruhrgebiet möglich gemacht. Mit diesen Mitteln konnten Stadtteilzentren umgebaut, Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt und neue Jobs für von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen realisiert werden. Das alles sind starke Argumente für ein starkes Europa und zeigt, warum Europa für unsere Region so wichtig ist.

Stichwort „sozial-ökologische Transformation“: Die Standortmarketingkampagne Stadt der Städte des RVR hat das Motto „auf dem Weg zur grünsten Industrieregion“. Was ist ihr Lieblings-Transformationsprojekt in der Metropole Ruhr?

Der Mix macht es für mich so spannend. Auf dem Weg zur grünsten Industrieregion der Welt brauchen wir weniger Autos und mehr Radwege. Mehr Windräder und weniger konventionelle Energieerzeugung. Dennoch wollen wir weiterhin Standort der chemischen Industrie bleiben und so schnell wie möglich grünen Stahl erzeugen. Hier im Ruhrgebiet – einer Region, die Veränderungen in seiner DNA hat – wollen wir

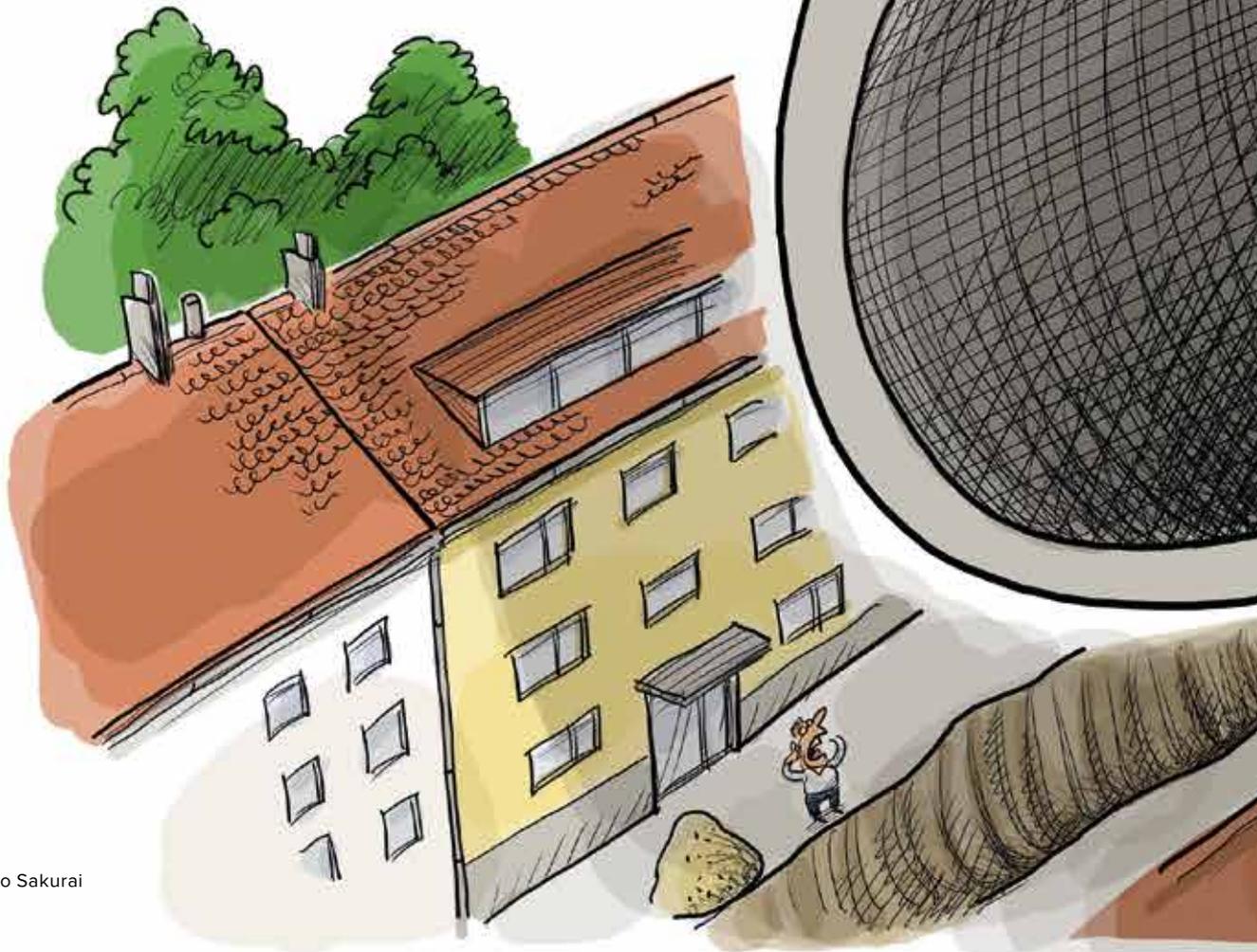
Dinge vereinen, die anderorts noch gegeneinander ausgespielt werden. Bei alledem haben wir vor allem eins vor Augen: Wir wollen, gemeinsam mit den Kommunen und Kreisen sowie Verbänden wie Emschergenossenschaft und Lippeverband, das Ruhrgebiet zu einem guten Ort zum Leben machen.

Die IGA Metropole Ruhr kommt 2027 – der Natur- und Wasser-Erlebnis-Park „Emscherland“ an der Stadtgrenze Recklinghausen/Castrop-Rauxel mit der sich dort schlängelnden Emscher ist frisch gebaute „Realität“ und wird einer der Zukunftsgärten. Wie wichtig ist die IGA 2027 für die Menschen in unserer Region und für den Imagefaktor der Metropole Ruhr?

Die IGA im Jahr 2027 ist etwas, auf das wir uns alle wirklich freuen können. Zum Beispiel werden in den Zukunftsgärten die Qualitäten unserer Industrie-, Wissens- und Dienstleistungsregion intelligent mit urbaner Nachhaltigkeit verknüpft. Die IGA-Zukunftsgärten sind also weit mehr als reine Schaugärten. Sie werden echte Hingucker. Ich bin daher zuversichtlich, dass wir durch die Internationale Gartenschau 2027 ein kraftvolles Bild vom Ruhrgebiet in Bezug auf Stadtentwicklung und Grüner Infrastruktur zeichnen und viele Gäste positiv überraschen können. /

Klimawandel? Egal,
wir bauen einfach
größere Kanäle!

H
\$24



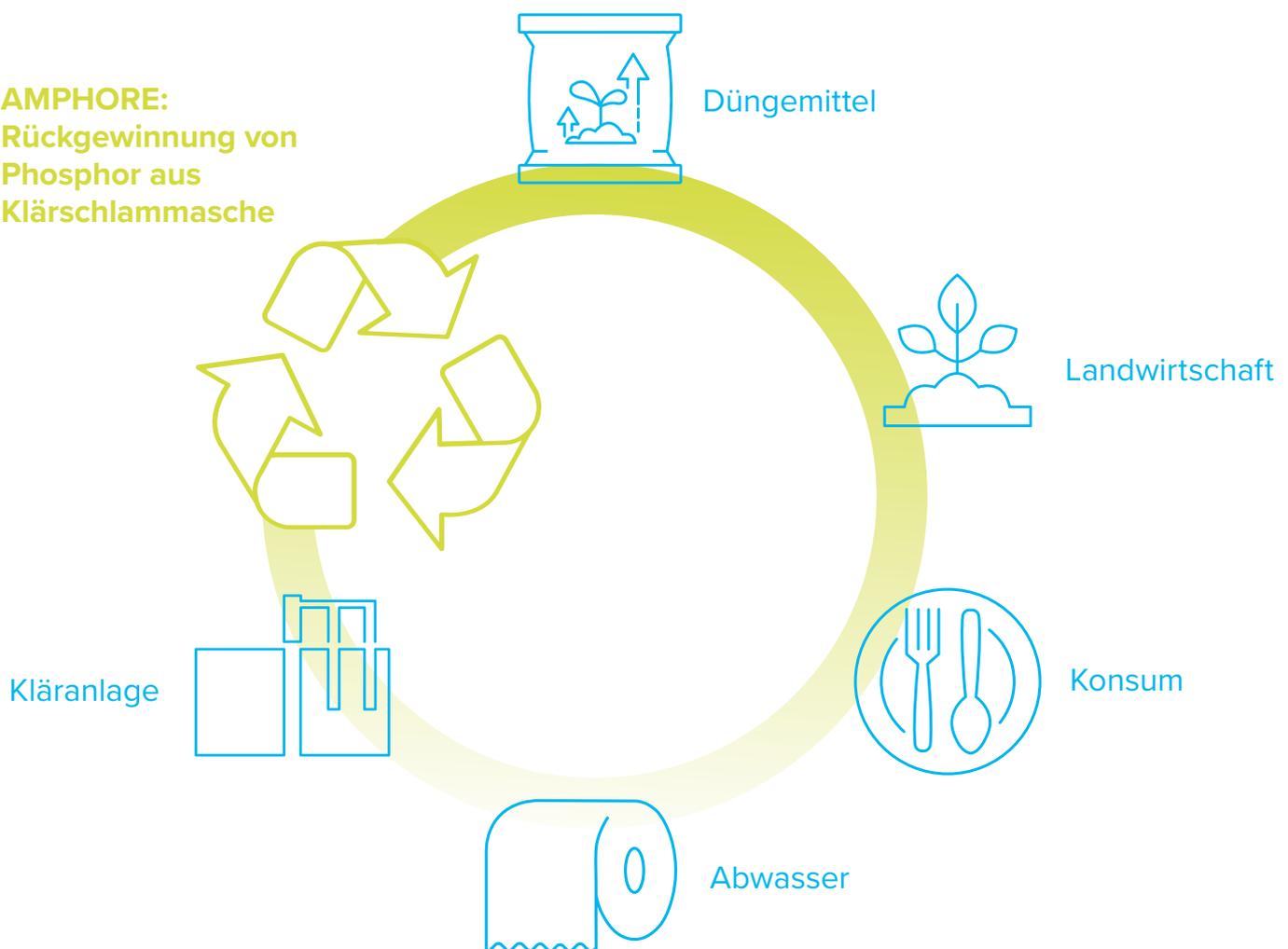


Das kann
doch nicht so
einfach sein!

Wertvoller Phosphor wird aus Klärschlamm zurückgewonnen

Rohstoff-Recycling: In Bottrop wurde im Mai eine Versuchsanlage eingeweiht. An dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt sind mehrere Wasserwirtschaftsverbände beteiligt.

AMPHORE:
Rückgewinnung von
Phosphor aus
Klärschlammasche



Autor: Ilias Abawi | **Fotos:** Kirsten Neumann/PhosRec



Phosphor ist ein wichtiger Rohstoff, der jedoch endlich ist – die Verfügbarkeit der Vorkommen ist stark begrenzt. Gleichzeitig ist Abwasser eine nachhaltige Quelle, um daraus den essenziellen Nährstoff Phosphor zurückzugewinnen und als Material für beispielsweise Düngemittel wiederzuverwerten. Auf dem Gelände der Kläranlage der Emschergenossenschaft in Bottrop hat die PhosRec Phosphor-Recycling GmbH eine Demonstrationsanlage zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlammasche gebaut. Im Mai wurde sie im Beisein von Judith Pirscher, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, und NRW-Umweltminister Oliver Krischer eingeweiht.

Aktuell wird die limitierte Ressource Phosphor in großem Maße „verschwendet“, denn nach Einsatz als Düngemittel geht sie durch die Nahrungsaufnahme ins Abwasser über. Durch die Entsorgung des Klärschlammes wiederum geht der Rohstoff bislang weitgehend verloren. Die (Ab-)Wasserwirtschaft kann jedoch einen aktiven und positiven Beitrag leisten, um Teile des Bedarfs an Düngemittel in der EU durch rückgewonnenen Phosphor zu decken. Somit kann nicht nur die ab 2029 in Deutschland beginnende Pflicht zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm erfüllt werden. Es wird auch ein Nährstoffkreislauf geschlossen und eine in der EU existierende Ressourcenquelle ausgeschöpft.

Planung, Bau und Betrieb der in Bottrop gebauten Anlage werden im Rahmen des Forschungsvorhabens AMPHORE vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit 6,7 Millionen Euro gefördert. „Die Anlage, die wir heute in Betrieb nehmen, ist ein Paradebeispiel für den Aufbau einer ressourceneffizienten und kreislauffähigen Industrie im Sinne der Zukunftsstrategie der Bundesregierung. Mit den Mitteln aus unserer Fördermaßnahme RePhoR entsteht ein regionales Lösungskonzept zum Phosphor-Recycling für einen der größten Ballungsräume in Deutschland. Wir schaffen damit einen konkreten Mehrwert für Kommunen und die gesamte Region. Als zentraler Innovationstreiber innerhalb der Bundesregierung unterstützt das BMBF die kommunale Wasserwirtschaft, mit den Herausfor-

Phosphor ist ein lebensnotwendiger Rohstoff, der nur begrenzt verfügbar ist. Mit Hilfe der geplanten Demonstrationsanlage kann das chemische Element aus der Klärschlammasche zurückgewonnen werden. Das zeigt, wie bedeutsam die Kreislaufwirtschaft für uns ist: Abfälle sind wichtige Ressourcen, aus denen neue Wertstoffe entstehen.

Oliver Krischer,
Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW

/ **Ansprechperson:**
Dr. Dennis Blöhse
bloehse.dennis@eglv.de

derungen der Zukunft umzugehen. Dafür haben wir insgesamt 8,7 Millionen Euro in AMPHORE, als ein herausragendes Beispiel wie man von der Forschung über den Transfer in die Anwendung kommen kann, investiert“, sagte Staatssekretärin Judith Pirscher.

Kooperation ist der Schlüssel zum Erfolg

Die PhosRec Phosphor-Recycling GmbH wurde zum Zweck der gemeinsamen Umsetzung der zukünftig vorgeschriebenen Phosphorrückgewinnung von den in Nordrhein-Westfalen ansässigen Wasserwirtschaftsverbänden Ruhrverband, Wupperverband, Linksniederrheinische Entwässerungsgenossenschaft (LINEG), Emschergenossenschaft und Lippeverband (EGLV) gegründet. Die Gesellschaft ist Bauherrin und Betreiberin der großtechnischen Demonstrationsanlage mit einer Kapazität von jährlich 1.000 Tonnen Asche aus der Klärschlammverbrennung. Kernaufgabe ist die Optimierung und Prüfung der Betriebsstabilität bei verschiedenen Betriebszuständen unter Einsatz unterschiedlichster Verbrennungsaschen. Auch die Qualitäten und Verwertungspfade für Nebenprodukte und Reststoffe (u. a. Metallsalze, Salzsole und silikatische Rückstände) werden neben der späteren Vermarktung der erzeugten Phosphorsäure gemeinsam mit Projektpartner*innen betrachtet.

Die Anlage ist nach der sogenannten PARFORCE-Technologie® durch die Parforce Technology Cooperation GmbH (PTC) geplant und gebaut worden, welche hier erstmalig in großtechnischem Maßstab realisiert wird. Dabei wird der Phosphor aus den Klärschlammaschen in Form von Phosphorsäure zurückgewonnen. In Bottrop wird die Asche mit Salzsäure aufgeschlossen, um den Phosphor aus der Aschematrix herauszulösen. Parallel werden weitere Stoffe wie Eisen, Aluminium und Calcium aus der Asche zurückgelöst. Diese werden nachfolgend durch eine Kombination von Ionenaustauschern und Elektrodialyse von der Rohphosphorsäure abgetrennt. Im letzten Schritt der Vakuumverdampfung wird die Phosphorsäure auf marktgängige Konzentrationen gebracht.

Kapazität von 1.000 Tonnen Asche pro Jahr

Die Anlage in Bottrop ist auf eine Kapazität von 1.000 Tonnen Klärschlamm-asche pro Jahr ausgelegt. Sobald die Anlage in Betrieb genommen wird, beginnt die genehmigte Betriebslaufzeit von zwei Jahren. Geplant ist, dass die Anlage in nacheinander folgenden „Kampagnen“ betrieben wird: Diese dauern jeweils 14 Tage, pro Durchgang gehen rund 40 Tonnen Asche in die Anlage. Untersucht werden dabei die Aschen aus dem gesamten Projektgebiet, d. h. der Verbrennungsanlagen in Bottrop (Emschergenossenschaft), Buchenhofen (Wupperverband), Elverlingsen (WFA Elverlingsen GmbH –

2029

ist die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm in Deutschland Pflicht.

1.000^t

Klärschlamm-asche pro Jahr kann die Anlage in Bottrop verarbeiten.

Info



PHOS REC

Phosphor-Recycling GmbH

AMPHORE

Das Verbundprojekt AMPHORE wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) innerhalb der Fördermaßnahme „Regionales Phosphor-Recycling“ (RePhoR) unterstützt. RePhoR ist Teil der BMBF-Strategie „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA). AMPHORE ist über insgesamt fünf Jahre angelegt und wird vom BMBF mit 6,7 Millionen Euro gefördert. In die neue Demonstrationsanlage in Bottrop werden 8,7 Millionen Euro investiert.



Kamen zur Einweihung der Demonstrationsanlagen: NRW-Umweltminister Oliver Krischer (6.v.r.) und die Staatssekretärin im BMBF Judith Pirscher (daneben) zusammen mit den Vertreter*innen der beteiligten Institutionen.

50-prozentige Tochter des Ruhrverbands) und Lünen (Innovatherm – Tochtergesellschaft der BETREM GmbH, die wiederum eine 100-prozentige Tochter der Emschergenossenschaft ist). Im Rahmen der zweijährigen Versuchsphase sollen auch Mischungen dieser Aschen „gefahren“ werden. Das Ziel ist, hier zunächst die Betriebsfähigkeit der Anlage mit den verfügbaren Aschen zu untersuchen und die dafür optimierten Betriebsparameter zu finden.

Die Produkte und Reststoffe, die während des Untersuchungsbetriebs generiert werden, stellt die PhosRec GmbH interessierten Stakeholdern aus dem Projektkonsortium kostenlos zur Verfügung, um potenzielle Nutzungsmöglichkeiten zu untersuchen. Auch für die weiteren Neben- und Reststoffe, u. a. ausgelaugte Asche, Metallsalzlösungen oder Salzsole, wird im Rahmen der Projektlaufzeit nach Verwertungs- und Entsorgungswegen geforscht. Wissenschaftlich begleitet wird die Betriebsphase vom Institut für Siedlungswasserwirtschaft an der RWTH Aachen (ISA).

Weitere Informationen zum Projekt gibt es unter:

www.ruhrverband.de/wissen/projekt-amphore

Weitere Informationen zum Betrieb der Demonstrationsanlage gibt es unter:

www.phosrec.de/

Kurz zusammengefasst

- / **Phosphor ist ein wichtiger Rohstoff – aber auch endlich.**
- / **Aus Klärschlamm- asche wird Phosphor zurückgewonnen.**
- / **Demonstrations- anlage in Bottrop eingeweiht.**
- / **Mehrere Wasserver- bände beteiligen sich an dem Projekt.**
- / **Vorhaben wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.**

Nachhaltigkeit ist Trumpf IN ALTENDORF

Der Lippeverband baut den Rapphofs
Mühlenbach um. Durch die ökologischen
Verbesserungen fallen am Ende drei
Pumpwerke weg und senken die
Ewigkeitskosten ab.
Und da ist noch mehr _____



Autor: Friedhelm Pothoff | **Fotos:** Friedhelm Pothoff, Roland Franz

Ende 2025 wird der Umbau des Rapphofs Mühlenbach beendet sein. Einer der großen Nebenläufe der Lippe plätschert dann durch eine in Teilen völlig neu modellierte Landschaft. In den fertiggestellten Gebieten „explodiert“ nach einem sehr nassen Frühjahr die Natur.

Natur pur! Einfach wunderbar! Ein Besuch am Rapphofs Mühlenbach steht für ein durchweg grünes Erlebnis. Der Lippeverband sorgt durch seine ökologisch wertvollen Verbesserungsarbeiten für eine enorme Aufwertung des Gebietes. Mindestens mal ab dem altherwürdigen Gelsenkirchener Gemäuer Burg Lüttinghof. Hier vereinen sich Picksmühlenbach und Hasseler Mühlenbach in eben jenes Gewässer, das in Fließrichtung Dorsten-Altendorf munter durch eine in Teilen völlig neu modellierte Landschaft plätschert und einer der großen Nebenläufe der Lippe ist.

Hans Streng hat in all seinen Jahren als Gebietsmanager des Lippeverbandes schon viele Projekte begleitet. Nach dem besonderen Aspekt dieses Umbaus gefragt, antwortet er überzeugt: „Das ist unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit eine schöne Geschichte.“

Und die liest sich in harten Fakten zunächst mal so: Die im 1. Bauabschnitt erstellte und ca. 20 Meter lange Unterquerung von Produktenleitungen der chemischen Industrie wurde im August 2018 fertig gestellt. Zwischen Februar 2019 und Oktober 2020 wurden im 2. Bauabschnitt zunächst 500 Meter des Gewässers vertieft und aufgeweitet. Die Straßenbrücke der Altendorfer Straße über den Rapphofs Mühlenbach wurde abgerissen und durch eine neue mit größerer Spannweite ersetzt. Ein weiteres Brücken-Bauwerk wurde zudem ersatzlos abgerissen und durch eine neue Zufahrt zum betroffenen Landwirt ersetzt.

Ja, da scheint zunächst wenig Raum für eine Gewässer-Romantik, die sich bei einem Ortstermin so klar erfassen lässt. Schön ist es hier auf dem Land. Schön grün, schön ruhig und, ja, schön nachhaltig, wenn man Hans

In der ausgeweiteten Aue des Baches kann nun Wasser zurückgehalten, dies stärkt den Hochwasserschutz.



Die Brücke an der Polsumer Straße wurde aus- und wird später wieder eingehoben.

Streng und seinem Mitarbeiter Udo Peters weiter zuhört. Denn seit Anfang Juli 2022 läuft der letzte Bauabschnitt, in dessen Zuge rund 1,5 Kilometer Gewässer umgebaut werden – und der Erdbach seine Anbindung an den Rapphofs Mühlenbach findet. Bis voraussichtlich Ende 2025 wird der Lippeverband nach Kräften weiter verschönern, dann soll alles fertig sein.

Großteil des entnommenen Bodens wird wiederverwendet

Kommen wir zur Nachhaltigkeit: Im aktuellen Bauabschnitt ist die Abfuhr von rund 90.000 Kubikmeter Bodenaushub vorgesehen. Zur Einsparung von Entsorgungskosten und im Sinne des Bodenschutzes wurde die Ausschreibung darauf ausgelegt, einen Großteil der hier entnommenen Bodenmengen (Anteil ca. 70 Prozent) nicht zu entsorgen, sondern ortsnah zur Maßnahme HaLiMa (s. Infokasten) zu transportieren und dort in der Auenverfüllung einzusetzen.

Sehr bemerkenswert finden Hans Streng und Udo Peters dies: Für eine erforderliche Ertüchtigung der Brücke Polsumer Weg wurde nicht einfach neugebaut. Hier wurde der Straßendeckel gelöst, angehoben und für die Dauer des Neubaus der beiden Widerlager auf einer Wiese neben dem Baufeld „geparkt“, um dann wieder eingearbeitet zu werden.

Was die ökologische Verbesserung auch beinhaltet: Neben einem verbesserten Hochwasserschutz wurde durch den Rückbau von Betriebswegen und die Verbreiterung der Gewässeraue ein vergrößerter naturnaher Entwicklungsraum geschaffen. In den fertiggestellten Bereichen sind Flora und Fauna angesichts des nassen Frühjahrs 2024 geradezu „explodiert“.

Entfall von Ewigkeitskosten

Der aus wirtschaftlicher Sicht nachhaltigste Effekt der Gesamtmaßnahme aber entsteht über die Anbindung des Erdbachs an den Rapphofs Mühlenbach. So wird auch dessen natürliche Vorflut wiederhergestellt und im Anschluss der Rückbau von zwei Pumpwerken ermöglicht (Entfall von Ewigkeitskosten). „Perspektivisch wird auch das Pumpwerk an einem weiteren Nebengewässer, dem Rennbach, entfallen“, sagt Udo Peters.

Und dann sind da ja noch die eingangs erwähnten Picksmühlenbach und Hasseler Mühlenbach, die den Rapphofs Mühlenbach speisen. „In der ganzheitlichen Betrachtung gehören auch sie am Ende dazu“, weiß Hans Streng. Weil hier über eine zukünftige Optimierung der Regenwasserbehandlungsanlagen für eine verbesserte Wasserqualität gesorgt wird. Doch das ist dann eine neue Geschichte ... /



Info

Die Deichrückverlegung HaLiMa in Haltern-Lippamsdorf und Marl ist ein Mammut-Projekt. Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Lippe hat der Lippeverband neue Deiche gebaut. Auf rund fünf Kilometern Flussstrecke bieten diese Schutz vor Hochwasserereignissen, wie sie statistisch gesehen alle 250 Jahre auftreten. Dabei fügen sie sich trotz einer Höhe von bis zu 14 Metern besser in das Landschaftsbild ein als die bestehenden Deiche und entsprechen zudem dem Stand der Technik. Außerdem sind die neuen Deiche mehr in das Hinterland gerückt, sodass nach Abtragen der Altdeiche Platz entsteht für eine rund 60 Hektar große Aue.

Kurz zusammengefasst

- / Die ökologische Verbesserung des Rapphofs Mühlenbach ist in mehrfacher Hinsicht nachhaltig.**
- / Am Ende fallen nach Abschluss der Baumaßnahme drei Pumpwerke weg, was die Ewigkeitskosten reduziert.**
- / Auch beim Brückenbau wurden kreative Lösungen gefunden.**



Immer mehr Reben im neuen Emscherland

Autorin: Tina Krachten | **Fotos:** Leopold Achilles, Tina Krachten

Die Emscher-Lippe-Region wird immer mehr zum Weinanbaugebiet! Nach über zweijähriger Planung und Vorbereitung war es Mitte Mai endlich soweit, dass gepflanzt werden konnte: Am neuen Weinberg – zwischen Emscher und Rhein-Herne-Kanal im Natur- und Wasser-Erlebnis-Park in Castrop-Rauxel – wurden 6.700 Reben in die Erde gebracht. Dabei halfen auch die ersten Mitmach-Winzer*innen, die von der Winzerin Tina Krachten im Auftrag der Emschergenossenschaft an den Mitmach-Weinbergen des Wasserwirtschaftsverbandes angeleitet wurden und die Weinberge ehren-

amtlich pflegen und bewirtschaften. Nach nur einem Tag war die Arbeit geschafft und die Region hatte einen neuen Weinberg – und damit die Winzerin natürlich auch neue Arbeit.

Die jungen Reben treiben kräftig aus und müssen nun gepflegt werden, damit sie gut wachsen. Verantwortlich für Pflege und Bewirtschaftung des neuen Weinbergs ist die Allmende Emscher-Lippe eG und gemäß des genossenschaftlichen Gedankens kann man an den anfallenden Arbeiten teilhaben. Sie sind größtenteils

nur von Hand auszuführen und legen die Grundlage für Gesundheit und Produktivität der späteren Rebstöcke. Um diese spannende Zeit im Leben des Weinbergs möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, bietet die Allmende auch in Castrop Mitmach-Aktionen an.

Der neue Weinberg am Natur-und-Wasser-Erlebnis-Park, wo Kanzler Olaf Scholz 2023 die erste Rebe symbolisch pflanzte, verfügt über die optimale Lage für den Weinbau: Der langgezogene Hang hat eine Süd-West-Ausrichtung und ist gut besonnt. Das wird den Trauben später zugutekommen. Dass der Weinberg darüber hinaus auch malerisch gelegen ist, freut vor allem die Hobby-Winzer*innen, die während der Arbeiten die Aussicht über die neue, renaturierte Emscher genießen können. Aufgrund des kalkhaltigen Bodens ist die Wahl der Rebsorten auf Burgunder gefallen. Spätburgunder, Weißburgunder, Grauburgunder und Chardonnay bringen auf solchen Böden besonders weiche und harmonische Weine hervor. Die weiteren Rebsorten zählen zu den neueren, pilzwiderstandsfähigen Züchtungen: Cabernet blanc, Sauvignac, Souvignier Gris, Satin Noir und

Cabaret Noir sind an die Emscher gezogen. Durch ihre größere Widerstandsfähigkeit gegen Mehltau können einige Durchfahrten beim Pflanzenschutz eingespart werden. Das entlastet sowohl den Boden, als auch die Umwelt ganz allgemein und passt sehr gut in ein Konzept der ökologischen Bewirtschaftung. Zusätzlich wird es Blühstreifen zwischen einzelnen Weinbergspartellen geben und auch kleine Biotope für Nützlinge, etwa Totholzhecken oder Baumgruppen. So wollen Emscher-Genossenschaft und Allmende auch hier zeigen, dass Landwirtschaft die Artenvielfalt fördern und Boden „wieder gut machen“ kann. /

Info

*Interessierte können sich bei Tina Krachten unter tk@allmende-emscherlippe.de melden. Die Mitmach-Winzer*innen treffen sich im zweiwöchigen Rhythmus immer montags ab 16 Uhr in den geraden Kalenderwochen.*



Gemeinsam für ein blaugrünes Morgen

Unsere Vision ist es, durch regenerative Bodenbewirtschaftung die natürlichen Ressourcen unserer Region wiederherzustellen und zu erhalten.

Für mehr Biodiversität, Klima-Resilienz und damit den Erhalt der Lebensgrundlage und Lebensqualität für alle.



Weitere Informationen unter:
www.allmende-emscherlippe.de oder
einfach hier den QR-Code scannen.

Klimawandel: Städte wappnen sich gemeinsam gegen **Hitze- Risiken**

1890

1900

1910

1920

1930

1940

1950

1

Kommunen und Emschergenossenschaft entwickeln in der Zukunftsinitiative Klima.Werk eine Strategie für heiße Tage

Autorin: Andrea Rickers | **Foto:** Klaus Baumers

Drückende Hitze am Tag und tropische Nächte sind in den Sommermonaten keine Seltenheit mehr. Folgen des Klimawandels, die für das Wohlergehen und die Gesundheit von Menschen ein Risiko sind. Um die Bevölkerung zu schützen, zu informieren und langfristig für Abkühlung zu sorgen, wird im Projekt HAP.regio an gemeinsamen Standards zur Hitzeaktionsplanung gearbeitet.

Die Hitzewellen in Deutschland nehmen schon seit Jahren zu, das zeigen die Daten der Wetterbeobachtung und Klimaforschung. Auch in den Städten des Ruhrgebiets waren die Sommer 2018, 2019 und 2022 besonders heiß, die Hitzerekorde gerade in Innenstädten erreichten punktuell die 40-Grad-Celsius-Marke. Wissenschaftler*innen prognostizieren: Auch wenn der Klimawandel abgebremst werden könnte, wird es häufigere, längere und intensivere Wetterextreme geben. Hitzephasen wirken sich in dicht bebauten und stark versiegelten Städten besonders unangenehm für Menschen und Tiere aus.

Urbane Ballungsräume besonders betroffen

Im Fokus dieser Entwicklungen stehen die besonders dicht bebauten, urban verdichteten Räume. Für die Emscher-Kommunen und den Kreis Recklinghausen Anlass zu handeln und gemeinsam mit der Emscher-

genossenschaft in der Zukunftsinitiative Klima.Werk an einer regionalen Abstimmung zu kommunalen Hitzeaktionsplänen zu arbeiten (HAP.regio). „Für Hochwasserlagen gibt es Einsatz- und Katastrophenschutzpläne, für belastende Hitzewetterlagen sind diese bisher nicht verpflichtend“, sagt Prof. Dr. Uli Paetzel, Vorstandsvorsitzender der Emschergenossenschaft. „Genau wie Starkregen macht jedoch auch Hitze nicht an den Stadtgrenzen halt, deshalb ist es sinnvoll, eine gemeinsame, abgestimmte Strategie zu entwickeln.“

Gemeinsam Vorsorge treffen für vulnerable Gruppen

Der Wasserwirtschaftsverband und die Kommunen setzen sich in der Zukunftsinitiative Klima.Werk für den klimarobusten Umbau der Region ein. Das Netzwerk für Klimaanpassung und dessen Serviceorganisation im Haus von Emschergenossenschaft/Lippeverband sind deshalb bestens dafür geeignet, auch die regionale Hitzeprävention mit den Partnern zu entwickeln. „Gemeinsam Verantwortung übernehmen und gemeinsam Vorsorge treffen“, ist das Motto des Projekts. Das Ziel: Eine Blaupause mit einheitlichen Standards zu entwickeln, die als Basis für die Aufstellung von Hitzeaktionsplänen in den Kommunen dient. Im Fokus stehen dabei besonders der Schutz und die Aufklärung vulnerabler Gruppen. Gefördert wird die Hitzeaktionsplanung mit rund 1,4 Millionen Euro durch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (MUNV) des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Ministerium setzt dafür Fördergelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE/Regio.NRW - Transformation) ein.

Abgestimmtes Vorgehen im Ernstfall

Die gemeinsame Strategie soll dafür sorgen, Tipps und Verhaltensempfehlungen in die Breite zu tragen und für den Ernstfall Vorsorge zu treffen sowie längerfristig die Hitze in den Städten zu reduzieren (Klimaanpassung). Das bedeutet: Im Falle einer Hitzewarnung des Deutschen Wetterdienstes soll es in Zukunft ein abgestimmtes Vorgehen in den Kommunen und auch untereinander geben. Festgelegt werden sollte zum Beispiel, welche Einheit in den Städten als zentrale Koordinierungsstelle

fungiert oder wie die Meldekette ist (Kommunikationskaskade), um Schaden von Einwohner*innen abzuwenden. Auf städtischer Seite sind viele Akteure einzubinden, dazu gehören die Bereiche Gesundheit, Klima, Umwelt, Planung, Bevölkerungsschutz, Soziales u.a. mit Kita und Schule sowie Tiefbau. Auf der nicht-öffentlichen Seite gehören Ärzte, Pflegeeinrichtungen, Krankhäuser, Arbeitsschutz oder Sozialeinrichtungen zu den Zielgruppen.

Ergebnisse können alle Kommunen übernehmen

An der Hitzeaktionsplanung wird zeitnah in verschiedenen Arbeitspaketen gearbeitet, bis Anfang 2027 gibt es weitere Etappen zur Umsetzung von mittel- und langfristigen Maßnahmen. Die Ergebnisse können alle beteiligten Kommunen für ihre konkrete Hitzeaktionsplanung vor Ort übernehmen und sich die Bausteine und Maßnahmen heraussuchen, die lokal passen. Die Übertragung der Erkenntnisse auf weitere Städte zum Beispiel im Lippeverbandsgebiet wird im Rahmen des Projektes mitgedacht.

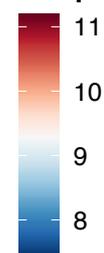
Partner in dem Projekt sind Bundes- und Landesorganisationen wie der Deutsche Wetterdienst (DWD), das Landeszentrum Gesundheit NRW (LZG.NRW), das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) oder der Regionalverband Ruhr (RVR), der Betriebskassen Landesverband Nordwest (BKK), das Deutsche Institut für Normung (DIN) sowie Institutionen aus der Wissenschaft (Hochschule für Gesundheit Bochum, die FOM Hochschule u.a.). /

/ Ansprechpersonen:

Dr. Anika Grübel
gruebel.anika@eglv.de
Carolin Borgmann
borgmann.carolin@eglv.de



Temperatur



Kurz zusammengefasst

- / 16 Emscher-Kommunen, der Kreis Recklinghausen und die Emscher-Genossenschaft arbeiten an einer gemeinsamen Hitzeaktionsplanung (HAP.regio).**
- / Vorsorge für den Ernstfall: Standards entwickeln, Gesundheit schützen, Städte kühlen.**
- / Förderung durch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr und die Europäische Union.**

1970 1980 1990 2000 2010 2020

Warming Stripes für Nordrhein-Westfalen 1970-2023

Interview

mit Dirk Wigant

Autorin: Svenja Weichhold | Foto: Kevin Kohues/Kreisstadt Unna

Mein Lieblingsplatz an den Gewässern im Lippe-Gebiet

Wir fragen Politikerinnen und Politiker aus der Region nach ihren Lieblingsorten an Emscher und Lippe. In dieser Ausgabe zeigt uns Dirk Wigant, Bürgermeister der Stadt Unna, seinen Lieblingsplatz am Mühlbach.

Was ist Ihr Lieblingsplatz an den Gewässern im Lippe-Gebiet?

Der Mühlbach in meiner Heimat der Alten Heide in Unna. Hier kann man entspannen und Ruhe finden.

Welchen „Mehrwert“ bieten die vom Lippeverband unterhaltenen Gewässer wie der Massener oder Afferder Bach für die Stadt Unna?

Die Gewässer in unserer Stadt bieten allen Menschen eine Möglichkeit zur

Naherholung und zur Erkundung der Natur. Wo Wasser fließt, da ist auch Leben: Das Plätschern eines Baches beruhigt und ist zugleich Symbol für eine gut florierende Landschaft mit Flora und Fauna.

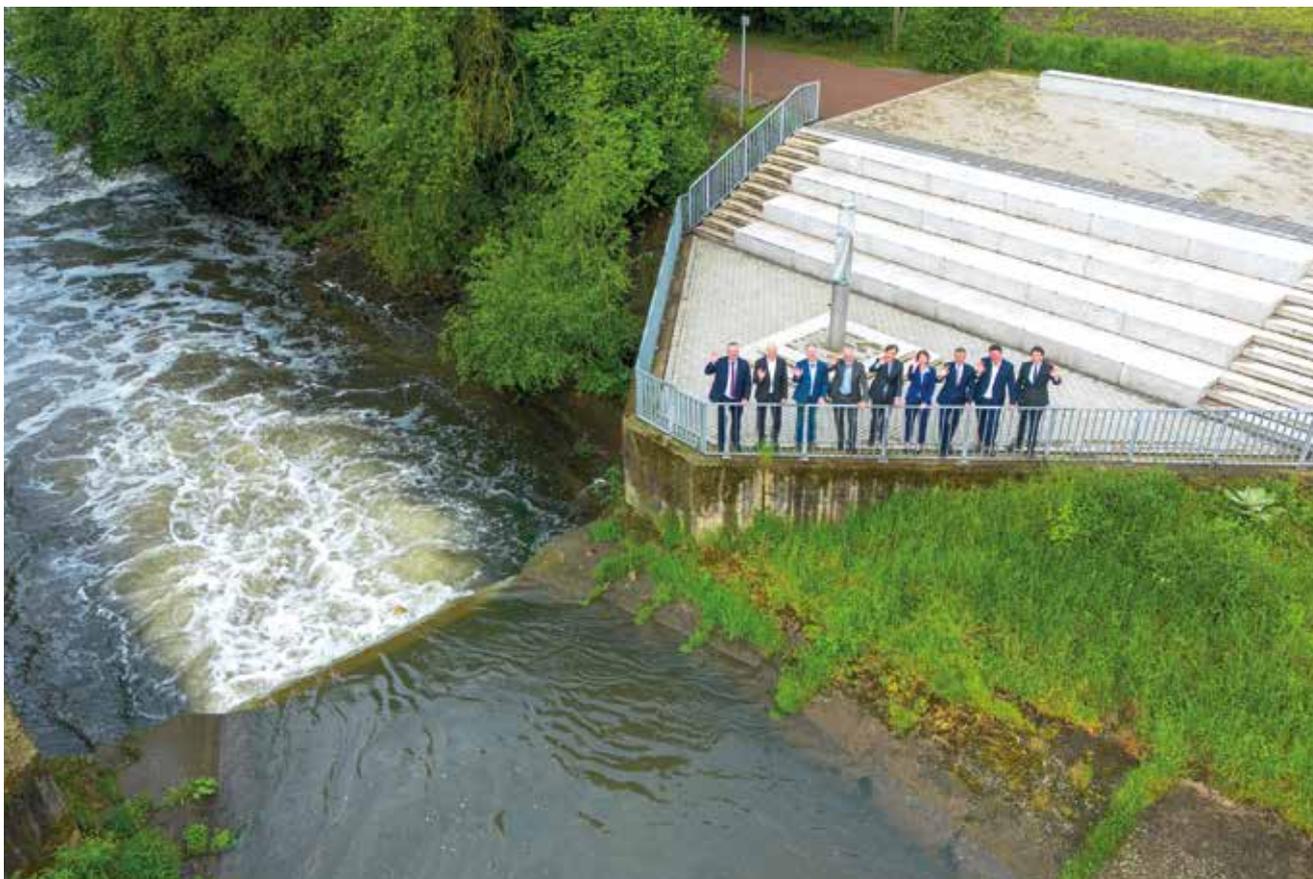
Welche Rolle spielen Kunstwerke wie die sprudelnde Fontäne mit dem Namen „Erscheinen – Verschwinden“ der Künstlerin Claudia Schmacke am Afferder Bach in Bezug auf den Tourismus in der Gemeinde?

Kunst befindet sich nicht nur in Museen – sie ist überall zu entdecken. Ob in der Innenstadt oder in Parks, oder wie hier in einem Gewässer: Sie ist fester Bestandteil des öffentlichen Lebens. Kunst im öffentlichen Raum, wie „Erscheinen – Verschwinden“, zeichnet sich gerade dadurch

aus, dass sie zumeist barrierefrei zugänglich und rund um die Uhr für jeden sichtbar ist. Durch diese hohe Präsenz trägt sie zur Identifikation aller Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt bei, fördert aber zugleich auch den Tourismus. Zahlreiche Wochenendausflügler kommen an dieser Installation vorbei und können sie bewundern. Sie verbindet aber auch Kunst und Geschichte. Die Künstlerin verweist mit ihrer Installation auf den unterirdisch verlaufenden Abwasserkanal, der erst die Renaturierung der Gewässer durch den Lippeverband möglich machte. Nicht nur dieses Kunstwerk ist erwähnenswert. All unsere Bäche und Fließgewässer, die vom Lippeverband bewirtschaftet werden, sind einen Ausflug wert – egal ob als Einheimischer oder als Tourist. /



Bürgermeister Dirk Wigant an seinem Lieblingsplatz am Mühlbach unweit seines Elternhauses im Ortsteil Alte Heide in Unna. Hier hat er bereits als Kind gespielt.



Die Emscher-Balkone in Castrop-Rauxel und Recklinghausen ermöglichen einen neuen Blick auf die ökologische Transformation.

Erlebnisorte machen Wandel an der Emscher erfahrbar

Autor: Ilias Abawi | **Foto:** Kirsten Neumann/EGLV

Parallel zur Befreiung der Emscher vom Abwasser hat die Emschergenossenschaft in den vergangenen Jahren ein mehr als 130 Kilometer langes Netz an Radwegen geschaffen, mit dem das neue blaugrüne Leben in der Region erleb- und erfahrbar wird. Ein besonderes Glanzstück ist die interkommunale Emscher-Promenade auf einem knapp 18 Kilometer langen Teilstück des Emscher-Weges auf den Stadtgebieten von Castrop-Rauxel, Recklinghausen, Herne und Herten. Durch neue Brücken und Unterführungen unter stark befahrenen Straßen können die Menschen den Umbauprozess, die Natur und die Angebote entlang der neuen Emscher-Promenade vom Start bis zum Ende zu Fuß oder mit dem Fahrrad sicher genießen. Mehr als 20 Aufenthalts-, Spiel- und Bildungsstandorte sind in den vergangenen Jahren entlang der

Promenade entstanden. Anfang Mai wurden sie von der Emschergenossenschaft gemeinsam mit den Stadtspitzen der beteiligten Kommunen eingeweiht (Foto). Mehrere kleine Spielplätze sowie Rastplätze mit Bänken und Stühlen – auch Langbänke – ermöglichen es den Menschen über die verschiedenen Stadtteile entlang der Emscher hinweg, zusammenzukommen, sich zu begegnen und kennenzulernen. Unter all den Maßnahmen stechen insbesondere die zwei Emscher-Balkone heraus. Sie ermöglichen als Schaufenster der ökologischen Transformation eine ganz besondere Annäherung an den Fluss im Wandel: Man schwebt förmlich über der Emscher und kommt ihr so nahe wie sonst kaum möglich. Eine der beiden Terrassen mit Blick auf das Gewässer steht in Castrop-Rauxel, die andere in Recklinghausen. /



EGLV beim NRW-Fest in Berlin

Autorin: Anne-Kathrin Lappe | **Fotos:** Henning Schacht



NRW ist stark, vielfältig und gastfreundlich – davon konnten sich die rund 1.500 Gäste des NRW-Festes der Landesregierung überzeugen. Anfang Juni kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft in der Landesvertretung in Berlin zusammen. Auch EGLV als größter Wasserwirtschaftsverband des Landes war vor Ort, um sich mit weiteren Teilnehmern über aktuelle Themen und Entwicklungen auszutauschen. Die Emschergenossenschaft begrüßte an ihrem Stand nicht nur Landesvater Hendrik Wüst, sondern auch Bundeskanzler Olaf Scholz, NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur, RVR-Chef Garrelt Duin, Verteidigungsminister Boris Pistorius und zahlreiche weitere Größen aus Politik und Gesellschaft. Mit den Gästen blickte Prof. Dr. Uli Paetzel nicht nur auf 125 Jahre Emschergenossenschaft zurück, sondern tauschte sich zur klimaneutralen Transformation, wasserwirtschaftlichen Themen und Städtebauprojekten aus. Das Ruhrgebiet zur blaugrünen Industrieregion machen, ist gemeinsames erklärtes Ziel. /





EGLV

[/ NABU-naturgucker.de/eglv](https://www.nabu-naturgucker.de/eglv)



MACH MIT — werde Natur- gucker*in

Mach mit für den Artenschutz! Mach die regionale
Artenvielfalt an Emscher und Lippe sichtbar.

Foto: Shutterstock/In Friday

blaugrünes Leben

Emschergenossenschaft
| Lippeverband

